


www.laender-analysen.de/ukraine

VISAFREIHEIT ZIVILGESELLSCHAFT ABSCHUSS VON FLUG MH17

■ ANALYSE	
EU-Visaliberalisierung für die Ukraine – Auswirkungen auf Reformen und Mobilität	2
Von Iryna Sushko (NGO Europa ohne Grenzen, Kiew)	
■ ANALYSE	
Zivilgesellschaft nach dem Euromaidan: Vom Ehrenamt zu neuen Strukturen der Partizipation?	7
Von Susann Worschech (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder)	
■ TABELLE ZUM TEXT	
NGOs und Initiativen zur Unterstützung des ukrainischen Militärs	11
■ KOMMENTAR	
Über Frieden sprechen am Rande des Krieges:	
Lokale Zivilgesellschaft und Versöhnung in der Ostukraine	13
Von Giselle Bosse (Maastricht University) und Ganna Bazilo (Kiew)	
■ UMFRAGE	
Haltung der ukrainischen Bevölkerung zur Zivilgesellschaft	15
■ DOKUMENTATION	
Abschuss von Flug MH17 über der Ostukraine –	
Rakete stammte laut Ermittlern vom russischen Militär	21
■ CHRONIK	
7. – 20. Mai 2018	23

EU-Visaliberalisierung für die Ukraine – Auswirkungen auf Reformen und Mobilität

Von Iryna Sushko (NGO Europa ohne Grenzen, Kiew)

Zusammenfassung

Seit Juni 2017 können ukrainische Staatsbürger ohne Visum in die EU einreisen. Der vorliegende Beitrag blickt auf das erste Jahr des visafreien Regimes zurück. Er stellt die Auswirkungen auf Mobilität und Reformen in der Ukraine vor, geht auf die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der Reformen ein und liefert einen Ausblick auf mögliche neue Projekte auf dem Gebiet der europäischen Integration, die einen ähnlich starken Anreiz für die Politik darstellen können, Reformen durchzuführen.

Einleitung

Im Juni 2017 wurde zwischen der EU und der Ukraine ein visafreies Regime eingeführt, welches zum einen neue Möglichkeiten für Kontakte zwischen Menschen eröffnete. Ebenso wichtig scheint die Visaliberalisierung für ukrainische Reformen in den Bereichen öffentliche Ordnung, Justiz und Sicherheit gewesen zu sein. Die Politiker haben mit der Einführung des Aktionsplans zur Visaliberalisierung, den die EU der Ukraine im November 2010 vorgab, eine Chance zur Modernisierung bekommen.

Im Sommer 2016, ein Jahr vor Einführung der Visafreiheit für die Ukraine, verabschiedete die EU einen neuen Mechanismus für die Aussetzung der Visafreiheit, der bei bestimmten Verstößen durch Länder mit Visafreiheit gegen formale Kriterien in Kraft tritt. Zentraler Punkt ist dabei, auch für die Ukraine, die Sicherheit der Migration.

Folgende Kriterien spielen dabei eine Rolle:

- Anzahl der ukrainischen Staatsbürger, denen die Einreise am Grenzübergang verweigert wird
- Anzahl der ukrainischen Bürger, die sich widerrechtlich ohne entsprechende Dokumente und Genehmigung in EU-Mitgliedsländern aufhalten
- Anzahl der Asylanträge von ukrainischen Staatsbürgern
- Anzahl der von der Ukraine abgelehnten Rückübernahmeersuche
- Bedrohung der Sicherheit auf europäischem Hoheitsgebiet durch ukrainische Staatsbürger; Zunahme der organisierten Kriminalität

Die EU-Mitgliedsstaaten sowie die EU-Kommission können den Mechanismus zur Aussetzung der Visafreiheit auslösen, sobald über einen Zeitraum von zwei Monaten bei einem der obengenannten Punkte ein Anstieg von 50 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen ist.

Zusätzlich erhielt jedes Land im Rahmen des Abkommens mit der EU und den Schengen-Staaten über das visumsfreie Reisen spezielle »Hausaufgaben«, die

den Umgang mit besonders sensiblen Problemen betreffen. Die Ukraine beispielsweise musste die Wirksamkeit ihres Migrationsmanagements unter Beweis stellen, indem sie illegale Migration verhinderte und Korruption in den Bereichen Ausweisausstellung und Grenzkontrolle bekämpfte. Georgien dagegen, das im selben Jahr wie die Ukraine das visafreie Regime mit der EU einführte, musste sich mit dem Problem der durch georgische Staatsbürger in der EU (vor allem in Deutschland und Schweden) begangenen Straftaten befassen.

Umsetzung des visafreien Regimes

Wie häufig am Grenzübergang die Einreise verweigert wird – aufgrund eines fehlenden gültigen biometrischen Reisepasses oder aufgrund fehlender Dokumente, die den Zweck des Besuchs bestätigen –, spielt für eine mögliche Aussetzung der Visafreiheit eine Rolle. In Bezug auf dieses Kriterium besteht derzeit im Hinblick auf die Ukraine eine relativ stabile Situation ohne negative Auswirkungen. Das visafreie Regime nutzten nach offiziellen Angaben im Jahr der Einführung, 2017, insgesamt fast eine halbe Million Ukrainer. Die Experten der NGO Europa ohne Grenzen gehen allerdings davon aus, dass die tatsächliche Zahl deutlich höher ist. Bei der offiziellen Auswertung werden diejenigen ukrainischen Staatsbürger nicht berücksichtigt, die über Drittstaaten wie Belarus, Russland, die Republik Moldau, die Türkei und die Länder des Westbalkan visafrei in die EU eingereist sind. Laut Bericht des staatlichen Grenzschutzdienstes der Ukraine stieg der Personenverkehr aus der Ukraine in die EU nach Einführung des visafreien Regimes direkt im letzten Sommer um 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Nach Angaben der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (FRONTEx) verweigerten Grenzbeamte der EU-Mitgliedsstaaten im Jahr 2017 insgesamt 37.117 ukrainischen Staatsbürgern die Einreise, was einer Zunahme von 34 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Meist wurde die Einreise verweigert, weil die Reisenden den Zweck der Reise nicht

nachweisen konnten, keine Aufenthaltserlaubnis hatten oder nicht ausreichend Geld für den Aufenthalt vorweisen konnten und damit die Einreisebedingungen nicht erfüllten.

Was den widerrechtlichen Aufenthalt von ukrainischen Staatsbürgern in EU-Mitgliedsländern angeht, zeigen die Statistiken von FRONTEX, dass im Jahr 2017 die Anzahl der entdeckten »illegalen« Ukrainer um 12 Prozent gestiegen ist. Es ist jedoch wichtig zu wissen, dass sich die Dynamik des illegalen Aufenthalts von Ukrainern insgesamt abschwächt, da die entsprechende Zahl im Jahr 2016 noch um 28 Prozent gegenüber 2015 gestiegen war.

Im Jahr 2017 sank die Anzahl der ukrainischen Staatsbürger, die beim Grenzübergang oder im Hoheitsgebiet der EU-Mitgliedstaaten mit gefälschten Dokumenten erwischt wurden, um ein Drittel und lag bei 801 Fällen, gegenüber 1.208 Fällen im Jahr 2016. FRONTEX zufolge verwandten im letzten Jahr vor allem Marokkaner und Bürger der Russischen Föderation gefälschte Dokumente. In den meisten Fällen verwandten die marokkanischen Bürger falsche spanische Ausweispapiere, während Ukrainer gefälschte polnische Visa besaßen. Die Einführung des visafreien Regimes für ukrainische Staatsbürger führte automatisch zu einem Rückgang der Betrugsfälle, da der Bedarf an gefälschten Visa nicht mehr besteht. Gleichzeitig wurde in der Ukraine die für die Ausstellung von Ausweisdokumenten zuständige Verwaltung reformiert und der Schutz personenbezogener Daten verbessert.

Die Zahl der aus der Ukraine in die EU eingereisten Asylbewerber ist ebenfalls rückläufig. Die jüngsten Daten des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen für den Zeitraum 2016 bis 2017 bestätigen, dass die Zahl der Asylbewerber aus der Ukraine in den letzten zwei Jahren stetig zurückgegangen ist und dass das visafreie Regime nicht zu einem Anstieg entsprechender Asylanträge geführt hat.

Auswirkungen auf Mobilität und Reformen

Die Einführung des visafreien Regimes mit der EU führte zu größerer Mobilität der Ukrainer bei Reisen in die EU. Dies zeigte sich besonders in der Ostukraine, von wo aus Reisen in die EU stark zugenommen haben, während die Anzahl der Reisen nach Russland zurückging. Gemäß einer Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) vom Dezember 2017 ist der Anteil derjenigen Ukrainer, die die EU besucht haben, auf 11 Prozent gestiegen, wobei sich der Wert für die Ostukraine vervierfacht hat.

Für viele Ukrainer ist das Abkommen mit der EU über visafreies Reisen nicht nur ein Mittel, um Kontakte zu vertiefen und die Mobilität zu erhöhen. Die

Abschaffung der Visumpflicht ist gleichzeitig ein Symbol für die praktische Integration der Ukrainer in die EU sowie eine Anerkennung für die Bemühungen, mit dem Euromaidan (Revolution der Würde im Jahr 2014) die europäischen Werte zu schützen, die im Assoziierungsabkommen mit der EU festgehalten sind.

Gleichzeitig glaubt mehr als ein Drittel der Ukrainer, dass die Einführung des visafreien Regimes zur Durchführung wichtiger Reformen in der Ukraine beigetragen hat. Somit wurden zwei wichtige Ziele erreicht: zum einen Mobilität und zum anderen die Einleitung von Modernisierungsmaßnahmen in konkreten Politikbereichen.

Die ukrainische Regierung hat fast sieben Jahren gebraucht, um die Aufgaben zu bewältigen, die im Aktionsplan für die Visaliberalisierung vorgeschrieben waren, und genauso lange währte die zivilgesellschaftliche Überwachung, die Fortschritte oder Abweichungen in Bezug auf die definierten EU-Kriterien erfasste. Unpopuläre politische Entscheidungen wurden in diesem Zusammenhang befürwortet, über den Fortschritt der Reformen wurde aktiv öffentlich berichtet. Die Ergebnisse der unabhängigen Überwachung durch die Zivilgesellschaft wurden sowohl von einigen für die Umsetzung der Vereinbarung mit der EU zuständigen ukrainischen Behörden als auch von Experten der EU, die an einer unvoreingenommenen Bewertung der Qualität des Reformprozesses interessiert waren, verwandt.

Als besondere Herausforderung erwies sich für die ukrainische Regierung die Bekämpfung der Korruption. Die Aufgaben in Bezug auf die Grenzverwaltung und das Migrationsmanagement wurden am erfolgreichsten bewältigt. Dabei ging es zunächst um die Einführung eines Konzepts der integrierten Grenzverwaltung, bestehend aus folgenden Komponenten bzw. Aufgaben:

- Untersuchung der grenzüberschreitenden Kriminalität in Zusammenarbeit mit den zuständigen Strafverfolgungsbehörden
- Vierstufiges Zugangsmodell (Zusammenarbeit mit Nachbarländern, Grenzkontroll- und Kontrollmaßnahmen in der Freizügigkeitszone [bzw. im Schengen-Raum], einschließlich der Überwachung von Ausländern und der Kontrolle ihrer Rückkehr)
- Zwischenbehördliche Zusammenarbeit im Grenzmanagement (Grenzdienste, Zoll, Polizei, Migrationsbehörden, Sicherheitsdienste und andere spezialisierte Behörden); Koordinierung der internationalen Zusammenarbeit

Ein wichtiger Bestandteil des Konzepts ist die Risikoanalyse. Dieses Instrument der Grenzsicherung ermöglicht es den Strafverfolgungsbehörden, fundierte Entscheidungen zu treffen, um Straftaten zu ermitteln, Sicherheitsrisiken zu verringern und den legitimen Per-

sonen- und Güterverkehr zu erleichtern. Die Reformen haben sich auch auf das Migrationsmanagement ausgewirkt. Es wurden entsprechende Gesetze zur Regulierung der Arbeitsmigration, Auswanderung und Zwangsumsiedlung entwickelt und verabschiedet.

Zur Liberalisierung der Visaverfahren wurden neue Ausweisdokumente eingeführt – biometrische Reisepässe, die von der EU zur Bedingung für visafreies Reisen gemacht werden. Die Ausstellung von biometrischen Reisepässen begann im Jahr 2015. Bis zum Jahr 2017 stellte die staatliche Migrationsbehörde fast 4 Millionen Reisepässe für Reisen ins Ausland aus. Außerdem werden neue Personalausweise mit einem besseren Schutz personenbezogener Daten die internen ukrainischen Pässe ersetzen.

Im Rahmen des Aktionsplans zur Visaliberalisierung wurde eine Zusammenarbeit der Ukraine mit dem Europäischen Polizeiamt (Europol) bei operativen und strategischen Fragen eingeleitet, die den Austausch benötigter Informationen im Rahmen von Strafverfahren ermöglicht. Zudem wurde die Zusammenarbeit mit der europäischen Justizbehörde (Eurojust) aufgenommen, die den Austausch von Informationen zur Bekämpfung schwerer Straftaten, einschließlich der organisierten Kriminalität und des Terrorismus, vorsieht.

Schwierige Korruptionsbekämpfung

Besonders schwierig war es, vor dem Hintergrund der Visaliberalisierung die Forderungen im Bereich der Korruptionsbekämpfung zu erfüllen. Aus diesem Grund hat die Ukraine in diesem Bereich umstrittene Ergebnisse erzielt. Auf der einen Seite wurden neue Antikorruptionsbehörden gegründet, wie die Nationale Agentur zur Verhinderung von Korruption und das Nationale Antikorruptionsbüro (NABU). Auf der anderen Seite haben diese neuen Behörden nicht die erwarteten Erfolge erzielt, nämlich die Einleitung von Korruptionsverfahren gegen korrupte Beamte und Politiker von den höchsten Stufen der Macht.

Als sehr problematisch erwies sich die Einführung eines Systems für elektronische Einkommenserklärungen von Beamten und Politikern. Ständige Systemausfälle und rechtliche Blockaden machten die Erfüllung dieser Vorgabe schwierig. Druck von Vertretern der ukrainischen Zivilgesellschaft machte die Einführung dieses Systems jedoch möglich. Um die Transparenz der Vermögenserklärungen von Politikern und Beamten im Jahr 2017 zu gewährleisten, wurde ein einheitliches staatliches Deklarationsregister für Personen eingeführt. Im selben Jahr wurde die Nationale Agentur der Ukraine für Auffindung, Zurückverfolgung und Verwaltung von Vermögenswerten aus Korruption und anderen Verbrechen (ARMA) gegründet. Allerdings

gibt es immer noch viele Zweifel über die Fortschritte bei der Prävention und Bekämpfung von Korruption. Es ist zum Beispiel erforderlich, eine neue Antikorruptionsstrategie zu verabschieden, um die Wirksamkeit der Nationalen Agentur zur Verhinderung von Korruption zu erhöhen, und die Justizreform abzuschließen.

Erst 2017 wurde die Reform des Obersten Gerichtshofes der Ukraine begonnen. Es wurde ein großangelegtes offenes Auswahlverfahren durchgeführt, das zur Ernennung von 120 Richtern des neuen Obersten Gerichtshofes führte. Die Reform sieht auch die Einführung eines »elektronischen Gerichtsmanagements« vor, um die Kommunikation mit dem Gericht zu verbessern und die Betriebskosten für diese Instanz zu senken. Jedoch bestehen immer noch mehr Herausforderungen und Aufgaben, als Erfolge zu verzeichnen wären. Zentrale Aufgabe ist die Verabschiedung eines Gesetzes über das Antikorruptionsgericht – und die anschließende Schaffung dieses Gerichts.

Nachhaltigkeit der Reformen sicherstellen

Der Prozess der Visaliberalisierung ist insgesamt zu einem sehr wirksamen Instrument für den internen Wandel und die Modernisierung einzelner Politikbereiche in der Ukraine geworden und stärkt die Zusammenarbeit mit der EU, vor allem im Bereich der Sicherheit. Es ist jedoch wichtig sicherzustellen, dass die im Rahmen der Visaliberalisierung erzielten Fortschritte dauerhaft und unumkehrbar sind. Anlass zu Zweifeln an der Nachhaltigkeit von Reformen nach der Einführung des visafreien Regimes hat die Republik Moldau gegeben, die bei der Visaliberalisierung im Rahmen der Östlichen Partnerschaft am schnellsten Fortschritte machte und direkt nach der Visaliberalisierung begann, einen Teil der entsprechenden Reformen rückgängig zu machen. Als die Europäische Kommission 2015 ihren Abschlussbericht veröffentlichte, in dem sie anerkannte, dass die Ukraine alle Verpflichtungen erfüllt habe, stellte sich somit die Frage nach der Entwicklung neuer Instrumente zur Sicherung und Fortsetzung der durchgesetzten Reformen.

Die Entscheidung der Europäischen Union, eine Überwachung der zur Voraussetzung für die Visaliberalisierung gemachten Reformen einzurichten, war dementsprechend keine Überraschung. Auch zivilgesellschaftliche Aktivisten, die sich im Rahmen des Prozesses der Visaliberalisierung für Reformen in der Ukraine einsetzten, unterstützten die Idee, den Stand der Reformen, insbesondere im Bereich der Korruptionsbekämpfung, weiter zu kontrollieren.

Daher wurde im ersten Bericht der Europäischen Kommission nach der Visaliberalisierung (»First Report under the Visa Suspension Mechanism«) bestätigt, dass

die Ukraine gewisse Fortschritte im Kampf gegen die Korruption gemacht habe, unter anderem durch die Arbeit des neu gegründeten Nationalen Antikorruptionsbüros und der besonderen Antikorruptionsstaatsanwaltschaft. Gleichzeitig bleibe die Nachhaltigkeit der Reformen eine Herausforderung. Besondere Aufmerksamkeit sollte unter anderem der Entwicklung und Arbeit der Nationalen Agentur zur Verhinderung von Korruption gewidmet werden. Der Bericht der Europäischen Kommission verweist auf den Konflikt zwischen dem Nationalen Antikorruptionsbüro (NABU) und der Generalstaatsanwaltschaft, auf die Offenlegung der vom NABU durchgeführten Untersuchungen und auf nur sehr wenige Gerichtsverfahren, die im Zusammenhang mit Korruption auf den höchsten Machtebenen eingeleitet wurden.

Neben dem Schwerpunkt Korruptionsbekämpfung konzentriert sich die EU im genannten Bericht auf Politikbereiche, in denen einige Erfolge nachgewiesen wurden oder eine solide Grundlage für qualitative Veränderungen geschaffen wurde. Dazu gehören Dokumentensicherheit, Grenzmanagement, Asylpolitik, Antidiskriminierung und Gleichberechtigung.

Neue Aufgaben für Politik und Zivilgesellschaft

Angesichts der Aufgeschlossenheit und des Vertrauens von Seiten der EU wurde das visafreie Regime so zu einem besonderen Test in Bezug auf die verantwortungsvolle Haltung der einbezogenen Länder. Natürlich werfen die Kriterien zur möglichen Aussetzung der Visafreiheit und der Mechanismus zur Überwachung viele Fragen auf. Zunächst ging es darum, ob es der Ukraine gelingen würde, die Bedingungen für die Beibehaltung der Visafreiheit zu erfüllen, und darum, wie sich die Visafreiheit auf die Migration in die EU auswirken würde. Da das erste Jahr nach Einführung der Visafreiheit gezeigt hat, dass die meisten Ukrainer ehrlich und verantwortungsbewusst mit den neuen Reisemöglichkeiten umgehen, stellen sich die nächsten Fragen: Was kommt nach der Visaliberalisierung? Welches neue Projekt auf dem Gebiet der europäischen Integration kann der nächste, ebenso starke Anreiz für die Regierung der Ukraine sein, Reformen durchzuführen?

Die Bewertung der Fortschritte der ukrainischen Reformen in einzelnen Teilbereichen kann dazu beitragen, die entsprechenden Reformen voranzutreiben und neue Instrumente zur Umsetzung dieser Aufgaben zu schaffen. Die erfolgreiche Einführung der Visaliberalisierung und der darauf folgende Übergangszeitraum machen die Schaffung einer neuen Form öffentlicher Kontrolle über die Nachhaltigkeit des Wandels nötig, sowie die Entwicklung von Expertennetzwerken, die die Öffentlichkeit über die aktuelle Lage informie-

ren und eine aufgeschlossene Regierung bei Reformen unterstützen.

Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Information der ukrainischen Bürger über die Einreisebestimmungen der EU-Länder, vor allem, weil die EU in zwei Jahren ein neues System der Reisegenehmigung (ETIAS) einführen wird, welches die Vorabregistrierung von potenziellen Reisenden verlangt. Der Onlineantrag muss nur alle drei Jahre gestellt werden, wobei 7 Euro Bearbeitungsgebühr pro Antrag anfallen. Das Ziel ist die personenbezogene präventive Risikoanalyse bei Einreisen in die EU bzw. den Schengen-Raum. Diese Regelungen werden die Bürger visumsfreier Länder betreffen, darunter die Ukraine. Zuerst führte diese Maßnahme in der ukrainischen Bevölkerung zu Besorgnis. Jedoch versuchen die zuständigen Behörden durch ihre Aufklärungsarbeit den Bürgern zu vermitteln, wie wichtig es ist, eine Balance zwischen Sicherheit und Bewegungsfreiheit zu erreichen.

Ausblick

Beflügelt durch den Erfolg bei der Visaliberalisierung sieht die Ukraine weiterhin Perspektiven in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der EU, insbesondere im Rahmen des bestehenden Assoziierungsabkommens. Über das Abkommen hinaus gibt es weitere europäische Integrationsprojekte, die von der ukrainischen Zivilgesellschaft unterstützt werden und an denen die ukrainische Regierung arbeitet, so zum Beispiel das Abkommen über den gemeinsamen Luftverkehrsraum oder die Zusammenarbeit bei der mobilen Kommunikation und bei Passagierrechten im Reiseverkehr.

Gleichzeitig wird im gesellschaftspolitischen Diskurs ein weiteres Ziel genannt: die Stärkung der Zusammenarbeit mit den Schengen-Mitgliedstaaten mit dem Ziel der Assoziierung mit dem Schengen-Raum. Die Vorteile einer möglichen Assoziierung sind klar: ein höherer Grad an Bewegungsfreiheit im Schengen-Raum und Erhöhung der Sicherheit im Land und an seinen Grenzen.

Durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Schengen-Staaten auf Grundlage des elektronischen Sicherheitssystems SIS, welches den Austausch von Informationen über Straftäter und Verdächtige ermöglicht, durch die Zusammenarbeit mit Interpol und durch die vorbeugende Risikoanalyse wurde die Kriminalitätsrate in den Ländern des Schengen-Raums deutlich reduziert und die Mobilität von Menschen, Waren und Kapital erhöht. Die Vorteile der Annäherung der Ukraine an die Schengen-Staaten bestehen für beide Seiten, da auch die EU nach der Erfüllung der Schengen-Kriterien von einer stabilen Ukraine mit sicheren Grenzen und höherer innerer

Sicherheit profitieren wird. Derzeit prüft die Ukraine den Plan für die Umsetzung des Schengen-Abkommens. Parallel dazu könnte ein politischer Dialog mit der EU eine langfristige Perspektive für die Schengen-Assoziierung der Ukraine schaffen. Eine Assoziierung erfordert auf jeden Fall die schrittweise Umsetzung aller

Komponenten des Schengen-Abkommens und festigt damit die im Prozess der Visaliberalisierung erreichten Fortschritte.

*Übersetzung aus dem Ukrainischen:
Lina Pleines*

Über die Autorin:

Iryna Sushko ist geschäftsführende Direktorin des ukrainischen Zentrums für Analysen »Europa ohne Grenzen« (NGO) (siehe <www.europewb.org.ua>). Sie studierte Geschichte und Ethnologie und arbeitete in diesem Bereich an der Universität für Wirtschaft und Recht »KROK« in Kiew. Ab 2001 leitete sie ein Projekt im Forschungszentrum für Frieden, Konversion und Außenpolitik, in dessen Rahmen die einzige ukrainische Monitoring-Studie zur Visapolitik der Europäischen Union durchgeführt wurde.

2009 wurde Iryna Sushko zur Mitbegründerin des Zentrums für Analysen »Europa ohne Grenzen«, das sich mit den Themenkomplexen Mobilität, Unterstützung der Reformen im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie Migration und Grenzmanagement beschäftigt. Sie arbeitet im Bereich Advocacy für die Bewegungsfreiheit von Personen.

Iryna Sushko ist Gründungsmitglied der internationalen Koalition »Für ein Europa ohne Visa« und ist seit 2015 deren Leiterin. Sie ist als Expertin in zwei internationalen Projekten dauerhaft tätig: Index der europäischen Integration der Östlichen Partnerschaft und Index der Visaliberalisierung der Östlichen Partnerschaft. 2015 wurde sie zur nationalen Koordinatorin der ukrainischen Plattform des Forums der Zivilgesellschaft der Östlichen Partnerschaft gewählt und ist Mitbegründerin des Koordinationsbüros der ukrainischen Zentren für Analysen (Think-Tanks) in Brüssel.

Weitere Analysen von Iryna Sushko unter: <<https://dt.ua/author/irina-sushko>>.

Zivilgesellschaft nach dem Euromaidan: Vom Ehrenamt zu neuen Strukturen der Partizipation?

Von Susann Worschech (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder)

Zusammenfassung

Seit dem Euromaidan hat die ukrainische Zivilgesellschaft einen grundlegenden Wandel erfahren. Waren es bis zum Euromaidan vor allem professionell arbeitende Nichtregierungsorganisationen mit festangestellten Mitarbeiter*innen und einige Aktivist*innen, die das Bild der Zivilgesellschaft geprägt haben, zeichnet sich die Posteuromaidan-Zivilgesellschaft durch deutlich höheres freiwilliges Engagement aus. In diesem Artikel sollen einige Bereiche dieser neuen Volontärs-Zivilgesellschaft vorgestellt und bezüglich ihrer gesellschaftspolitischen Relevanz analysiert werden.

Es ist wohl nicht übertrieben, zu behaupten, dass die Ukraine in den ersten Monaten des Jahres 2014 kurz vor einem Staatszerfall stand. Eine Gesellschaft in Trauer und Schock über das blutige Ende des Euromaidan, die Nacht-und-Nebel-Flucht des Nochpräsidenten und schließlich der anfangs noch verdeckte Einmarsch des russischen Militärs auf der Krim. Diese Ereignisse brachten das Land an den Rand der Organisationsfähigkeit. Die beginnende militärische Aggression Russlands zunächst auf der Krim und bald auch in Teilen des Donbas kam nicht nur in einer Phase der institutionellen Orientierungslosigkeit, sondern traf auch auf ein verteidigungsunfähiges ukrainisches Militär (Friesen 2016). Initiativen von Freiwilligen ist es zu verdanken, dass die Ukraine insbesondere in der prekären Zeit zwischen März und Mai 2014 nicht vollends zusammenbrach, sondern sich auf der Basis freiwilliger Arbeit schnell funktionsfähige Äquivalente für einen dysfunktionalen Staat bildeten. Insbesondere in den Bereichen Verteidigung und innere Sicherheit, aber auch bezüglich der Versorgung von Binnenflüchtlingen von der Krim und aus dem Donbas ersetzten zivilgesellschaftliche Akteure staatliche Strukturen (Meister 2014). Zudem formierten sich Gruppierungen, die russischer Propaganda gezielt Informationen und Analysen entgegensetzten und die Aufarbeitung von geheimdienstlichen, wirtschaftlichen und politischen Verstrickungen der Janukowytsch-Ära einforderten. Beeindruckend an diesen Gruppen ist nicht nur die Geschwindigkeit, in der sie sich formiert und genuin staatliche Aufgaben übernommen haben, sondern insbesondere, dass es sich weitgehend um freiwilliges, ehrenamtliches Engagement handelte. Das tragische Ende des Euromaidan und die russische Aggression gegen die Ukraine sind damit zum Geburtshelfer einer neuen, engagementbasierten ukrainischen Zivilgesellschaft geworden. Zwei der zentralen Kristallisationspunkte dieser neuen ukrainischen Zivilgesellschaft waren jene Bereiche, die unmittelbar mit der russischen Aggression zusammenhängen: die Unterstüt-

zung der Binnenflüchtlinge und des ukrainischen Militärs. Gruppierungen beider Themenbereiche sollen im Folgenden porträtiert und bezüglich ihrer gesellschaftspolitischen Relevanz analysiert werden.

Veränderung der Engagementkultur

Eine Kultur des ehrenamtlichen Engagements war in der Ukraine lange Zeit nicht wirklich vorhanden. Zwar wäre es falsch, zu behaupten, die Zivilgesellschaft in der Ukraine sei traditionell schwach, wie dies in zahlreichen Analysen zum postsowjetischen Raum behauptet worden ist (am prominentesten bei Howard 2003), denn die Ukraine kann auf eine lange Geschichte dissidentischer Bewegungen und Protestformationen zurückblicken: Von Protesten gegen die Unterdrückung der ukrainischen Sprache und Kultur während der Sowjetzeit über die prodemokratische, reformorientierte Bewegung Ruch bis hin zur Orangen Revolution und dem Euromaidan gibt es kaum ein Land im postsowjetischen Raum mit einer derartigen Vielfalt an revolutionären Momenten (Kappeler 2009: 242ff). Allerdings gingen diese Momente selten in dauerhaftes Engagement oder gar in einen größeren Übertritt prodemokratischer Kräfte in Institutionen und Verwaltung über. Die lebhafteste Zivilgesellschaft der Ukraine entwickelte sich – auch aufgrund der Präferenzen externer Demokratieförderer, die ihre Aktivitäten ausweiteten – in eine von Politik und Gesellschaft mehr oder weniger entkoppelte NGO-Szene (Worschech 2018). Professionell arbeitende Think-Tanks und Agenturen zur Projektimplementierung wurden zur dominanten Ausprägung der Zivilgesellschaft, wohingegen lokale Initiativen und Netzwerke kaum in Erscheinung traten.

Der Euromaidan änderte diese Strukturen grundlegend, denn neben den eigentlichen Protesten bot der Euromaidan zahlreiche Gelegenheiten – und teils Notwendigkeiten – zum Engagement. Die Versorgung der Zeltstadt mit Nahrungsmitteln und ärztlicher Behandlung, die Organisation öffentlicher Seminare und Debat-

ten und das interne wie externe Kommunikations- und Informationsmanagement fand in zunehmend organisierten Strukturen ehrenamtlicher Mitarbeit statt. Mit der wachsenden Repression bildeten sich parallel dazu ehrenamtliche Notfall- und Verteidigungseinheiten zum Schutz der Proteste vor Polizeiwillkür und -gewalt.

Die während des Euromaidan entstandenen Strukturen, sicher aber auch die Empowerment-Erfahrung vieler Ukrainer*innen, stellen die zentrale Basis für das Posteuromaidan-Engagement der ukrainischen Zivilgesellschaft dar. Zahlreiche der hier gegründeten Initiativen sind bis heute aktiv. Aber auch gesamtgesellschaftlich betrachtet war der Euromaidan ein einschneidender Veränderungsmoment für die ukrainische Zivilgesellschaft: Vor dem Euromaidan gaben nur 9 Prozent der Ukrainer*innen an, Geld für gemeinnützige Zwecke zu spenden, wohingegen es 2014 38 Prozent waren und die Zahl auch in folgenden Jahren mit knapp 30 Prozent signifikant höher blieb als vor dem Euromaidan. (siehe World Giving Index, <<https://www.cafonline.org/about-us/publications>>) Der Anteil der Ukrainer*innen, die sich ehrenamtlich engagiert haben, betrug vor dem Euromaidan 14 Prozent und liegt seit dem Beginn der Proteste bei 23 Prozent (Zarembo 2017: 48). Zugleich genießen Freiwilligenorganisationen sehr hohes Vertrauen in der ukrainischen Bevölkerung, was gegenüber der organisierten Prämaidan-Zivilgesellschaft so nicht zum Ausdruck gebracht wurde. (siehe <http://ukr.lb.ua/society/2016/05/12/335037_ukraintsi_doviryayut_volonteram.html>)

Das quantitativ gestiegene freiwillige Engagement beschreibt aber kaum den eigentlichen Wandel, der in der ukrainischen Zivilgesellschaft stattgefunden hat. Dieser besteht vielmehr darin, dass die Zivilgesellschaft in einer Notsituation Aufgaben übernommen hat, die eigentlich im genuinen Verantwortungsbereich des Staates liegen. Daraus ist eine selbstbewusste Gesellschaft erwachsen, die aber auch ambivalente Seiten hat, wie der nächste Abschnitt zeigt.

Zivilgesellschaftliche Unterstützung des Militärs

Die Annexion der Krim und die Besetzung der Ostukraine durch das russische Militär bzw. durch von diesem unterstützte Separatisten traf nicht nur auf eine zutiefst verunsicherte und desorientierte Gesellschaft, die kaum glauben konnte, was vor sich ging, sondern auch auf eine ukrainische Armee, von der gerade einmal 4 Prozent der Soldat*innen überhaupt mit der notwendigen Ausrüstung, etwa mit Helmen und schuss sicheren Westen, ausgestattet waren (Zarembo 2017: 47). Langjährige Korruption und Misswirtschaft im ukrainischen Verteidigungsministerium während der Janukowytsch-

Ära haben das ukrainische Militär praktisch handlungsunfähig gemacht. Parallel zu den freiwilligen Kampfeinheiten, die meist aus den Selbstverteidigungsgruppen der Euromaidan-Proteste entstanden, formierten sich Organisationen, deren Ziel es war, die ukrainische Armee mit grundlegender medizinischer Ausstattung oder Schutzausrüstung zu versorgen (Puglisi 2015). Viele der Gruppierungen waren lokal ansässige Netzwerke von Angehörigen der Kämpfer, oftmals gerade auch in Städten und Regionen, die nicht allzu weit von der Front entfernt liegen.

Wenngleich eine Festlegung auf die genaue Anzahl dieser Unterstützungsorganisationen problematisch ist, lässt sich eine Gruppe von etwa 20 Initiativen ausmachen, die seit 2014 besonders aktiv waren und landesweit bekannt sind. Die Hauptaktivitäten dieser Organisationen lagen vor allem in der Zeit zwischen 2014 und 2015 in der Versorgung des ukrainischen Militärs und anfangs auch der Freiwilligenbataillone mit Schutzausrüstung und medizinischen Gütern, zum Teil aber auch mit Kleidung, Decken, Lebensmitteln, Büchern oder sogar Zigaretten. Dafür sammeln die Organisationen Sach- und Geldspenden oder fertigen Schmuck und T-Shirts, deren Verkaufserlöse für die Anschaffung von Ausrüstung eingesetzt werden. Eine besondere Aktivität kennzeichnet die *Victory Sisters Foundation*: Hierbei handelt es sich um eine Gruppe von Frauen, die 2014 in einem Raum im Zentrum Kiews begonnen hat, in Handarbeit Tarnanzüge herzustellen. Die Informationen über diese und die im Folgenden genannten Organisationen stammen von deren Internetauftritten. Tabelle 1 am Ende des Textes gibt einen Überblick über NGOs und Initiativen zur Unterstützung des Militärs.

Sechs der prominenteren Organisationen lassen sich in ihrer Entstehungsgeschichte direkt auf den Euromaidan zurückführen: Die *Iniziatywa E+* und *MedAutoMaidan* – eine Gruppierung, die sich später bei *Saving Lives in Ukraine* engagierte – beispielweise organisierten medizinische Unterstützung während der Proteste. *Volunteers' Hundred* und die NGO *ATO Sister of Mercy* basieren auf Selbstverteidigungsgruppen der Euromaidane in Kiew und Charkiw, und die Organisation *People's Self-Defense of Lviv* organisierte Transporte für Aktivist*innen aus der Westukraine, die an den Protesten in Kiew teilnehmen wollten.

Daneben haben zwei Projekte – das *Joint Army Support Project* und die Crowdfunding-Plattform *People's Project* – ihre Wurzeln in NGOs, die schon vor dem Euromaidan bestanden. Dies zeigt, dass auch sozial bzw. humanitär ausgerichtete NGOs ihre Agenden und Ressourcen neu ausrichten und an die Posteuromaidan-Situation anpassen konnten, was für ein schnelles

Umdenken und Umorganisieren auch der professionalisierten Zivilgesellschaft in der Posteuromaidan-Ukraine spricht.

Der Höhepunkt der Aktivitäten dieser Gruppen und des freiwilligen Engagements lag in den Jahren 2014 und 2015, als die mangelhafte Fähigkeit des ukrainischen Staates zur Ausstattung seines eigenen Militärs offensichtlich war. Die Freiwilligenorganisationen substituierten in dieser Phase den Staat – in einem Kerngebiet seiner hoheitlichen Aufgaben. Nach Schätzungen von Aktivist*innen wurden beispielsweise mindestens 50 Prozent der heute im ukrainischen Militär verfügbaren Wärmebildkameras von Freiwilligenorganisationen beigesteuert (Zarembo 2017: 57).

Zu Beginn des Jahres 2016 zeichnete sich ein Wandel der Aktivitäten dieser Organisationen ab: Einerseits wurde die Aufgabe der Ausstattung zunehmend von der ukrainischen Regierung selbst übernommen, andererseits erlebten die Organisationen nach zwei Jahren intensiver Arbeit einen Rückgang in Bezug auf die ehrenamtlicher Tätigkeit und die öffentlichen Spenden. Stattdessen fand bei einigen Organisationen eine Umstellung der Finanzierungsbasis von Spenden auf Fördermittel statt. Damit einhergehend fokussierten sich die Organisationen stärker auf die folgenden zwei Bereiche: die soziale und/oder politische Unterstützung von Veteranen des Konfliktes sowie ihrer Familien einerseits und Schulungen von Militärangehörigen in medizinischer Erstversorgung oder Minenentschärfung andererseits. (Als Indikator für diesen Wandel kann unter anderem die Förderpraxis externer Akteure gelten. So hat beispielsweise die International Renaissance Foundation, die ukrainische »Filiale« der Open Society Foundation von George Soros, seit 2014 zunehmend Projekte zur Unterstützung von Soldat*innenfamilien und zur medizinischen und sozialen Nachsorge für ehemalige Soldat*innen finanziell unterstützt; siehe <<http://www.irf.ua/en/>>.)

Die gesamtgesellschaftliche Bedeutung der genannten Gruppen und ihres Engagements liegt nicht nur darin begründet, dass sie in einer akuten Notsituation staatliche Aufgaben übernommen und damit das große Potenzial zivilgesellschaftlichen Engagements verdeutlicht haben. Auch die lokale, nationale und transnationale Vernetzung der Initiativen ist bemerkenswert. Sie lässt eine bessere Einbindung des sozialen und politischen Engagements in die ukrainische Gesellschaft und die Entstehung eines neuen gesellschaftlichen Verantwortungsbewusstseins erkennen.

Durch den klaren Fokus der Organisationen und Initiativen auf die Unterstützung der Armee, zu der zahlreiche Ukrainer*innen durch kämpfende Angehörige einen persönlichen Bezug hatten, war die Bereitschaft,

durch eigenes Engagement die Situation zu verbessern, groß. Zugleich waren der Zugang zu den Organisationen und die Beteiligung an ihren Aktivitäten niedrigschwellig: Anders als bei professionalisierten zivilgesellschaftlichen Organisationen bedurfte es keiner besonderen Expertise, um aktiv zu werden. Viele der Initiativen sind klassische Graswurzel-Organisationen. Exemplarisch schreibt die Organisation *Come back Alive* (*Powernys schywym*) im Mai 2017 auf ihrer Homepage:

»Wir sind normale Ukrainer, die nicht gleichgültig sind. Wir waren Programmierer, Designer, Journalisten. Der Krieg hat alles verändert.« (siehe <<http://www.savelife.in.ua/>>, Übersetzung der Autorin)

Das starke Engagement von Bürger*innen sowie die nachhaltige, selbstbewusste Graswurzel-Zivilgesellschaft stellen die offensichtlichen Umbrüche und Neuorientierungen innerhalb der ukrainischen Zivilgesellschaft dar.

Zugleich lässt sich bei einigen Organisationen eine aktive Vernetzung in die politische und ökonomische Sphäre feststellen. Das prominenteste Beispiel dafür ist die Organisation *Patriot Defense*, deren Gründerin und Leitung Ulana Suprun, eine US-amerikanische Ärztin mit ukrainischen Wurzeln, seit 2016 Gesundheitsministerin der Ukraine ist. Der Gründer der *National Home Front* Georgi Tuka wurde 2014 zunächst Parlamentsabgeordneter, 2015 Gouverneur des Oblasts Luhansk und 2016 Vizeminister für die besetzten Gebiete und Binnenflüchtlinge. Auch die Organisationen *All-Ukrainian Union Patriot*, *Wings of Phoenix*, der *Ukrainian Freedom Fund*, *Volunteers' Hundred* und *Support the Army of Ukraine* verzeichnen direkte Verbindungen ihrer leitenden Personen in die ukrainische Politik und Wirtschaft. Damit setzt sich im Bereich des zivil-militärischen Engagements ein Muster fort, das bereits 2014 im Rahmen der ersten Parlamentswahlen nach dem Euromaidan erkennbar war (Worschech 2014) und das durchaus als Neuerung gelten kann: Eine stärkere Verbindung von Zivilgesellschaft und Politik, die vor dem Euromaidan in der Ukraine deutlich entkoppelt waren, weil Aktivist*innen jegliche Verbindungen mit der als abgehoben und korrupt geltenden Sphäre der Politik ablehnten.

SOS-Organisationen zur Unterstützung für Binnenflüchtlinge

Ein weiteres Feld, das mit der Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine überhaupt erst aufgekommen ist, aber innerhalb kurzer Zeit viele freiwillige Helfer*innen mobilisiert hat, ist die Versorgung von und Interessensvertretung für Binnenflüchtlinge von der Krim und aus den Kriegsgebieten.

Stärker als der zivil-militärische Bereich konnten diese Initiativen aber auf bestehenden zivilgesell-

schaftlichen Strukturen aufbauen. Insbesondere sozial oder menschenrechtlich orientierte NGOs aus der Ostukraine und von der Krim, deren Mitglieder in den ersten Monaten des Jahres 2014 fliehen mussten und oftmals nach Kiew gegangen sind, bildeten das Rückgrat eines umfangreichen Netzwerks sogenannter »SOS-Organisationen« zum Schutz von Menschenrechten und zur medizinischen wie humanitären Versorgung in der Krisensituation 2013/14. *EuromaidanSOS* entstand bereits am 30.11.2013 als Reaktion auf die wachsende Repression gegenüber den Euromaidan-Protesten. Nach diesem Vorbild wurden im März 2014 *DonbasSOS*, *VostokSOS* und *CrimeaSOS* gegründet. Ziel dieser Initiativen war und ist es, Menschen bei der Flucht aus den besetzten Gebieten zu helfen, indem Informationen über sichere Fluchtwege, humanitäre Versorgung oder auch psychologische Hilfe zur Verfügung gestellt wird. Aktivist*innen dieser Organisationen waren zuvor beispielsweise in der Luhansker Menschenrechts-NGO *Postup* oder im *Crimean Human Rights Center* »*Diya*« engagiert und konnten ihre Arbeit und ihre Netzwerke sowohl räumlich als auch inhaltlich transformieren. Ein besonders beeindruckendes Beispiel für die effektive Arbeit der neuen SOS-Organisationen war das *House of Free People*, ein Servicezentrum für Binnenflüchtlinge im Zentrum Kiews. (zur Gründung des Zentrums siehe <<https://www.kyivpost.com/article/content/ukraine-politics/house-of-free-people-opens-in-kyiv-to-help-refugees-from-crimea-donbas-396032.html>>). Hier wurde Binnenflüchtlingen praktische Hilfe bei der Arbeits- und Wohnungssuche und in den Bereichen Ausbildung und psychologische Unterstützung geboten, zugleich diente das Zentrum als Anlauf- und Koordinierungsstelle für Ehrenamtliche. Das inzwischen beendete Projekt wurde von mehreren externen Gebern wie der EU oder auch der United States Agency for International Development (USAID) unterstützt. Besonders hervorzuheben ist auch in diesem Fall die Fähigkeit der organisierten, professionalisierten Zivilgesellschaft, ihre Aktivitäten einer neuen Situation anzupassen, und das starke ehrenamtliche Engagement in den SOS-Organisationen, welches erneut den hohen Aktivierungsgrad der ukrainischen Gesellschaft zeigt.

Einschätzung der »neuen« ukrainischen Zivilgesellschaft

Die Aktivitäten der ukrainischen Zivilgesellschaft seit dem Euromaidan weisen eine gewisse Ambivalenz auf. Einerseits ist es fraglos zu begrüßen, dass die Struktu-

ren der Präeuromaidan-Zivilgesellschaft aufgebrochen werden konnten und sich mehr Menschen ehrenamtlich engagieren als zuvor. Auch das in Umfragen deutlich gewordene hohe Vertrauen in Freiwilligenorganisationen zeigt, dass die Selbstorganisationsfähigkeit und auch das Selbstbewusstsein einer bis dahin zeitweise resignierten Gesellschaft gestiegen sind. Der Initiativencharakter und die überwiegend ehrenamtliche Tätigkeit war für viele Organisationen ein wichtiges Element ihres Selbstverständnisses.

Andererseits ist es problematisch, dass viele Initiativen der »neuen« ukrainischen Zivilgesellschaft im Zuge eines militärischen Konflikts entstanden sind und genuin staatliche Aufgaben übernommen haben. Auch wenn letztere inzwischen überwiegend an staatliche Strukturen rückübertragen wurden, stellt sich die Frage, inwieweit diese Gruppen aktiv bleiben werden. Kann es gelingen, die Organisationsfähigkeit und den ehrenamtlichen Einsatz aufrechtzuerhalten und auf andere Inhalte zu übertragen? Gerade die Entstehung in einer akuten Notsituation und die starke emotionale Aufladung der Themenbereiche Verteidigung/Krieg und Flucht werfen die Frage auf, inwieweit die hier entstandenen Initiativen ihre Ausrichtung transformieren und an nichtkonfliktbezogene Kontexte anpassen können. Zugleich zeigen sich seit 2016 deutliche Erschöpfungerscheinungen der Initiativen, die oft mit einer Enttäuschung über die mangelnde Anerkennung ihrer Leistungen durch Staat und Regierung einhergehen. Es besteht die Gefahr, dass die Erfahrung der Wirksamkeit zivilgesellschaftlichen Engagements durch den andauernden Konflikt und den weiter bestehenden Reformstau verpufft.

Die Freiwilligenbewegung der Jahre 2014 und 2015 markiert einen tiefgreifenden Umbruch und eine wachsende Hoffnung für die ukrainische Zivilgesellschaft. Trotz aller Schwierigkeiten war sie ein erster Schritt hin zu einer Wiederaneignung des Staates und des Politischen durch die Bürger*innen. Der bedarfsorientierte, partizipative Aktivismus auf lokaler Ebene, die Kooperationsfähigkeit und Verantwortungsübernahme der Ukrainer*innen könnten sich langfristig positiv auf die Bereitschaft zu ehrenamtlichem politischem und gemeinwohlorientiertem Engagement auswirken, wenn der hier etablierte zivilgesellschaftliche Stil, auf akute Probleme durch lokale Vernetzung und Kooperation zu reagieren und Möglichkeitsfenster für Engagement und Partizipation zu entdecken, erhalten bleibt.

Informationen über die Autorin und ein Verzeichnis der im Text zitierten Literatur finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorin:

Dr. Susann Worschech forscht als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Europa-Universität Viadrina zu Zivilgesellschaft, Protestbewegungen und Demokratisierung in Osteuropa, vor allem in der Ukraine. Kontakt: worschech@europa-uni.de

Eine noch umfassendere Analyse der ukrainischen Zivilgesellschaft nach dem Euromaidan hat Susann Worschech in ihrem Aufsatz *New Civic Activism in Ukraine: Building Society from Scratch*, der im *Kyiv-Mohyla Law and Politics Journal* 3 (2017) erschienen ist (S. 23–45) vorgenommen: <http://kmlpj.ukma.edu.ua/article/view/119984>.

Im Text zitierte Literatur:

- Oleg Friesen: »Heimatfront« – Die ukrainische Volontärsbewegung, in: *Ukraine-Analysen* 171, 30.06.2016, S. 2–6, <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen171.pdf>.
- Stefan Meister: Quo vadis Ukraine? Die Neuerfindung des ukrainischen Staates, in: *Ukraine-Analysen* 142, 27.11.2014, S. 3–4, <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen142.pdf>.
- Marc Morjé Howard: *The Weakness of Civil Society in Post-Communist Europe*. Cambridge 2003.
- Andreas Kappeler: *Kleine Geschichte der Ukraine*. München 2009.
- Susann Worschech: *Die Herstellung von Zivilgesellschaft. Strategien und Netzwerke der externen Demokratieförderung in der Ukraine*. Wiesbaden 2018.
- Kateryna Zarembo: Substituting for the State: The Role of Volunteers in Defense Reform in Post-Euromaidan Ukraine, in: *Kyiv-Mohyla Law and Politics Journal* 3 (2017), S. 47–70.
- Rosaria Puglisi: A People's Army: Civil Society as a Security Actor in Post-Maidan Ukraine, in: *IAI Working Papers* 2015, unveröffentlichtes Manuskript, <http://www.iai.it/en/publicazioni/peoples-army>.
- Susann Worschech: Euromaidan goes Parliament: Wer sind »die neuen« ParlamentskandidatInnen?, in: *Ukraine-Analysen* 138, 15.10.2014, S. 10–14, <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen138.pdf>.

TABELLE ZUM TEXT

NGOs und Initiativen zur Unterstützung des ukrainischen Militärs

Tabelle 1: NGOs und Initiativen zur Unterstützung des ukrainischen Militärs, 2014 bis 2015

Name	Hauptaktivitäten	Homepage
All-Ukrainian Union Patriot	Bereitstellung von medizinischen Geräten und Schutzausrüstung; Versorgung der ukrainischen Kampfeinheiten mit Kleidung und Lebensmitteln; Information sowie rechtliche und psychologische Unterstützung für Soldat*innen und ihre Angehörigen	https://www.facebook.com/groups/PatriotGO/
Army SOS	Bereitstellung von Schutzausrüstung und nichttödlicher Ausrüstung für ukrainische Kampfeinheiten	https://www.facebook.com/groups/armia.sos/?ref=nf_target&fref=nf
ATO Sister of Mercy	Bereitstellung von medizinischen Geräten und medizinischer Hilfe, von Feldausrüstung, Kleidung und Lebensmitteln für ukrainische Kampfeinheiten	http://www.sister-mercy.com.ua , https://www.facebook.com/Sistermerci/
Come back Alive (Powernyschwym)	Bereitstellung von medizinischen Geräten, von Schutzausrüstung, Feldausrüstung und nichttödlicher Ausrüstung für ukrainische Kampfeinheiten	https://www.facebook.com/groups/backandalive/ , http://www.savelife.in.ua

Fortsetzung auf der nächsten Seite.

**Tabelle 1: NGOs und Initiativen zur Unterstützung des ukrainischen Militärs, 2014 bis 2015
(Fortsetzung)**

Name	Hauptaktivitäten	Homepage
Euro-ArmyMaydan bzw. Support the Army of Ukraine	Bereitstellung von medizinischen Geräten und medizinischer Hilfe, Schutzausrüstung und Feldausrüstung für ukrainische Kampfeinheiten	< https://www.facebook.com/groups/fondeam/ >
Fuck U Putin (FUP)	Privates Fundraising (hauptsächlich für Army SOS)	< https://www.facebook.com/FUPutin?fref=ts >, < http://www.fuckuputin.com/ >
Iniziatywa E+	Fundraising; Bereitstellung von medizinischen Geräten und medizinischer Hilfe für ukrainische Kampfeinheiten	< https://www.facebook.com/helpEplus/ >
Joint Army Support Project (NGO Kryla)	Bereitstellung von leichter Militärausrüstung für die Einheit A0224 im Oblast Donezk	< https://www.facebook.com/kryla.org.ua >, < http://kryla.org.ua/ >
Medicine of the National Home Front	Bereitstellung von medizinischen Geräten und medizinischer Hilfe für ukrainische Kampfeinheiten	< https://www.facebook.com/MedicineoftheNationalHomeFront/ >
People's Self-Defense of Lviv	Bereitstellung von nichttödlicher Ausrüstung bzw. Schutzausrüstung und von medizinischen Geräten; Versorgung der ukrainischen Kampfeinheiten und Zivilisten im Kriegsgebiet mit Lebensmitteln, Kleidung und Feldausrüstung	< https://www.facebook.com/lviv.samooborona >
National Home Front	Bereitstellung verschiedener Arten nichttödlicher Ausrüstung bzw. Schutzausrüstung für ukrainische Kampfeinheiten	< http://nt.org.ua/ >
Patriot Defense	Versorgung mit medizinischen Geräten und medizinischer Hilfe; Schulungen von ukrainischen Kampfeinheiten	< http://patriotdefence.org/ >
Saving Lives in Ukraine bzw. Med-AutoMaidan	Fundraising; Bereitstellung von medizinischen Geräten und medizinischer Hilfe für ukrainische Kampfeinheiten	< https://www.facebook.com/pg/SavingLivesinUkraine/about/?ref=page_internal >
People's Project	Fundraising- und Crowdfunding-Plattform für Projekte (Unterstützung der Armee, Gesundheitsversorgung, Sozialwesen)	< http://www.peoplesproject.com >
Ukrainian Freedom Fund	Bereitstellung von nichttödlicher Ausrüstung bzw. Schutzausrüstung für ukrainische Kampfeinheiten; Fundraising	< https://www.facebook.com/ukrfreedomfund >, < http://ukrfreedomfund.org >
Victory Sisters Foundation	Bereitstellung von Tarnausrüstung und Feldausrüstung für ukrainische Kampfeinheiten	< https://www.facebook.com/VictorySisters.foundation/timeline >, < http://victoryua.com/ >
Volunteers' Hundred	Bereitstellung von Schutzausrüstung und nichttödlicher Ausrüstung, von medizinischen Geräten und Feldausrüstung für ukrainische Kampfeinheiten	< https://www.facebook.com/atovs >
Wings of Phoenix	Bereitstellung von Schutzausrüstung und nichttödlicher Ausrüstung, von medizinischen Geräten und von medizinischer Hilfe für ukrainische Kampfeinheiten; Reparatur von Gebäuden, die von der Armee benutzt werden	< http://wings-phoenix.org.ua/ >, < https://www.facebook.com/wings.phoenix.foundation >

Über Frieden sprechen am Rande des Krieges: Lokale Zivilgesellschaft und Versöhnung in der Ostukraine

Von Giselle Bosse (Maastricht University) und Ganna Bazilo (Kiew)

Einleitung

Seit 2014 sind mehr als 3,8 Millionen Menschen vom bewaffneten Konflikt in der Ostukraine betroffen. Mehr als 1,7 Millionen Menschen, die aus dem Donbass und von der Krim stammen, sind zu Binnenflüchtlingen geworden. Infolge des anhaltenden militärischen Konflikts im Osten der Ukraine und infolge der Binnenvertreibung kommt es zu Spannungen zwischen Binnenflüchtlingen und einigen der aufnehmenden Gemeinden. Darüber hinaus sind in den Gemeinden, die durch die Frontlinie zwischen den von der ukrainischen Regierung kontrollierten und den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten in den Regionen Donezk und Luhansk getrennt wurden, gesellschaftlicher Zusammenhalt und Vertrauen dramatisch zurückgegangen.

Bisher haben die Wirtschaftssanktionen gegen Russland und die Verhandlungen auf höchster politischer Ebene in Minsk den wissenschaftlichen und politischen Diskurs über die Lösung des Konflikts bestimmt. Gleichzeitig wird zivilgesellschaftlichen Gruppen, die im Rahmen des Konflikts auf Dialog und Versöhnung hinarbeiten, von der ukrainischen Regierung und großen Teilen der Bevölkerung häufig der Vorwurf gemacht, unpatriotisch und von Russland beeinflusst zu sein. Es gibt jedoch viele Gründe, den Bottom-up-Aktivitäten lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen und informeller Netzwerke, die sich für Dialog und Versöhnung in der Ostukraine einsetzen, mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Rolle lokaler Versöhnungsbemühungen

Während die Verhandlungen auf höchster Ebene und die Durchsetzung des Friedensabkommens Minsk II im Hinblick auf entscheidende Elemente ins Stocken geraten sind, können lokale Versöhnungsbemühungen erstens dazu beitragen, Spannungen in Risikogebieten abzubauen, den Boden für eine zukünftige politische Vereinbarung zu bereiten, auf die Bedürfnisse und Sorgen der lokalen Gemeinden, die vom Konflikt betroffen sind, einzugehen und Versöhnung zwischen Gruppen und Gemeinden, die vom Konflikt auseinandergerissen wurden, zu fördern. Lokale zivilgesellschaftliche Organisationen können »eine andere Form der Kriegsgeschichte« vorbringen, die sich vielleicht nicht nur deutlich davon unterscheidet, wie Top-down-Akteure (Regierungen, internationale Gemeinschaft) den Konflikt deuten, sondern vielleicht auch die vorherrschenden Narrative von Konflikt, Teilung und Misstrauen in Frage stellt. Die Narrative

der zivilgesellschaftlichen Organisationen können eine Form des Widerstands darstellen, insbesondere gegen Teilung und Unvereinbarkeit, die möglicherweise von den politischen und militärischen Eliten favorisiert werden.

Zweitens können die Bottom-up-Narrative der ukrainischen zivilgesellschaftlichen Organisationen den zunehmend technokratischen Ansatz der Friedensförderung, der von internationalen NGOs oder internationalen Organisationen verfolgt wird, in Frage stellen. Viele Versöhnungsprogramme wurden als »Best Practices« oder »Lessons Learned« zur Norm erklärt. Derartige Programme führen oft zu positiven Ergebnissen, aber sie stärken die Vorstellung, dass »Expertise« stets von außen kommt und dass lokale Akteure passive Empfänger sind, denen die Kraft fehlt, ohne Hilfe ihren eigenen Weg zu gehen.

Und drittens wurden die Entscheidungen bei den Minsker Verhandlungen, wie bei vielen Friedensverhandlungen, hinter geschlossenen Türen getroffen. Auch wenn zu verstehen ist, dass ein Friedensprozess Vertraulichkeit erfordert: Wenn versäumt wird, die Öffentlichkeit und die direkt betroffenen Gemeinden zu informieren und einzubeziehen, kann das die Versöhnungsbemühungen unterlaufen.

Befragung lokaler NGOs zum Konflikt in der Ukraine

Ukrainische zivilgesellschaftliche Organisationen spielen daher eine entscheidende, jedoch weitgehend nicht anerkannte Rolle bei der Diskussion des Friedens in der Öffentlichkeit und beim Einbeziehen der Bevölkerung in den Friedensprozess. Im Rahmen unseres laufenden Forschungsprojektes zur Rolle von NGOs bei der Förderung von Versöhnung in der Ostukraine haben wir uns zwischen November 2016 und Dezember 2017 mit Vertretern von 32 lokalen ukrainischen zivilgesellschaftlichen Organisationen getroffen, um deren Ansichten zum Konflikt in der Ukraine zu erfahren und um deren Ideen dazu, wie Versöhnung am besten erreicht werden kann, besser zu verstehen. Es handelt sich dabei um führende zivilgesellschaftliche Organisationen, die in der Förderung von Dialog und Versöhnung in der Ostukraine und in anderen Teilen des Landes, in denen Binnenflüchtlinge, die vorwiegend aus dem Donbass stammen, aufgenommen wurden, tätig sind. Für die Auswahl der Organisationen war entscheidend, dass sie einen ausdrücklichen Schwerpunkt auf die Versöhnungstätigkeit legen, dass sie entweder über die Front hinweg oder in Gemeinden mit vielen Binnenflüchtlingen tätig sind und dass sie keine regelmä-

ßigen Gelder und/oder höhere Summen (über 30.000 EUR) von nationalen, internationalen oder privaten Geldgebern beziehen. Die Namen der Organisationen werden hier nicht genannt, um ihre Arbeit nicht zu gefährden.

Die Vertreter der Organisationen, die wir befragt haben, beteiligen sich nicht an einem Diskurs der »Beschuldigung« eines externen Akteurs (oder Staates) als Verantwortlichem für den Konflikt. Sie vertreten vielmehr eine gemeinsame Erkenntnis: dass der Konflikt »kompliziert« sei, da »verschiedene Positionen« von »unterschiedlichen Beteiligten« aufeinandergetroffen seien. Ein Vertreter einer zivilgesellschaftlichen Organisation merkt allerdings an, dass die EU-Eliten, obwohl sie »den Konflikt gut verstehen« und ihnen der hohe Grad an Korruption in der ukrainischen Regierung »sicher bewusst« sei, »weiter mit diesen Menschen zusammenarbeiten, ohne signifikanten Druck auf sie auszuüben«. Mehrere Organisationen erwähnen auch die Rolle des ukrainischen Staates und weisen darauf hin, dass es nie eine staatliche Politik gegeben habe mit dem Ziel, »Austausch« zu fördern oder eine »gemeinsame Basis« der Menschen aus dem »Osten« und dem »Westen« zu finden, was zum »Fehlen jeglicher Art von Kommunikation zwischen Gemeinden in unterschiedlichen Regionen der Ukraine« geführt habe.

Wir haben unsere Befragten auch gebeten, über die Faktoren und Akteure nachzudenken, die sie als relevant für die Lösung des Konflikts erachten. Die Vertreter der zivilgesellschaftlichen Organisationen sind sich einig, dass es bei der Versöhnung im Ukraine Konflikt zuallererst darum geht, neue Beziehungen zu erkunden und etablierte Diskursmuster aufzubrechen. Ein besonderes Augenmerk wird darauf gerichtet, den »friedlichen Diskurs« wieder aufzubauen, sowie darauf, »Menschen zusammenzubringen« und sie in Bezug auf »etwas Neutrales« zusammenzuführen, sowie darauf, »das Feindbild von einem anderen Menschen durch Dialog umzuformen«. Dialog wird als der absolut wichtigste Aspekt bei der Versöhnung gesehen, weil er dazu beiträgt, Empathie zwischen den Menschen wiederherzustellen, das Leben des anderen zu verstehen und zu erfahren, wie andere Menschen den Konflikt erleben. Die Vertreter der Organisationen sind sich einig, dass Schuldzuweisungen eher Teil der Konfliktursache sind als Mittel zur Versöhnung. Die meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen sind der Ansicht, dass die einzig realistische und durchführbare Art der Versöhnung zum jetzigen Zeitpunkt des Konflikts darin besteht, eine Vereinbarung zu treffen, dass das gegenseitige Töten beendet wird, und darin, neue Beziehungen aufzubauen.

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen unterscheiden sich in ihren Ansichten darüber, wie eine Versöhnung erreicht werden kann. Etwa die Hälfte unserer Befragten hält die einzelnen Menschen für die entscheidenden Akteure im Versöhnungsprozess. Ein Vertreter

sagt zum Beispiel: »Jeder Mensch ist ein Handelnder für Veränderung«. Die andere Hälfte der Teilnehmer betont die wichtige Rolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen bei der Ermöglichung von Aussöhnung. Die Organisationen spielten eine entscheidende Rolle bei der »Initiierung und Unterstützung der gesellschaftlichen Forderung nach Frieden«. Mehrere Befragte erkennen außerdem an, dass »für die Versöhnung eine ernsthafte Unterstützung von höchster Ebene« nötig sei, um den Konflikt zu beenden und um den Versöhnungsprozess zu einem nachhaltigen Prozess zu machen. Die Befragten unterstreichen, »das Mindeste«, das die hohe Politik tun könne, sei, die Bottom-up-Versöhnungsbemühungen »nicht zu behindern«. Auf die Frage nach der Rolle der internationalen Organisationen und der Gebergemeinschaft angesprochen, ist es den meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen wichtig, die Teilnahme der Organisationen an von der UNO, der OSZE oder von den mit den EU-Mitgliedsstaaten assoziierten Gebern organisierten Fortbildungen und Workshops zu erwähnen. Auf die Frage nach der Anwendbarkeit von Expertenwissen und Versöhnungsmodellen »von außen« erklären die Befragten jedoch, sie würden »in anderen Bereichen mit anderen Mitteln arbeiten«, oder geben an, dass die Beziehung zwischen der Zivilgesellschaft und den internationalen Gebern »mängelbehaftet« sei.

Fazit

Unsere Befragung von Vertretern lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen bringt eine andere Art des Erzählens vom Konflikt in der Ukraine und von seiner Lösung zum Vorschein und stellt alternative Wege zur Förderung von Dialog und Versöhnung auf lokaler Ebene vor, wie zum Beispiel das Wiederherstellen von Verständnis, Vertrauen, Respekt und Empathie zwischen den Menschen. Derartige Versuche, »den anderen zu rehumanisieren«, sind (und werden) essenziell für einen nachhaltigen Frieden in der Ukraine sein. Obwohl die Aktivitäten von lokalen Versöhnungsorganisationen in Umfang und Reichweite begrenzt sind, haben sie häufig erhebliche Auswirkungen auf Versöhnungsprozesse. Im Unterschied zu den dominierenden Friedensstiftungsparadigmen und -programmen, die von vielen internationalen Organisationen und Akteuren gefördert werden, entstehen die Mediationsstrategien und -praktiken der lokalen ukrainischen zivilgesellschaftlichen Organisationen in ihren besonderen lokalen Zusammenhängen und sind auf Versöhnung in diesen Zusammenhängen zugeschnitten.

Übersetzung aus dem Englischen: Katharina Hinz

Informationen über die Autoren und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorinnen:

Dr. Giselle Bosse ist Associate Professor an der Maastricht University und Visiting Professor am College of Europe in Brügge. Sie hat umfangreich zum Verhältnis der Europäischen Union zu den Staaten der Östlichen Partnerschaft publiziert, mit dem Schwerpunkt Menschenrechte und Zivilgesellschaft. Sie leitet derzeit das große Forschungsprojekt »The role of non-state actors in EU foreign policy«, das von der Netherlands Organization of Scientific Research (NWO) finanziert wird.

Ganna Bazilo ist unabhängige Forscherin mit Expertise in den Bereichen Entwicklung der Zivilgesellschaft, *capacity building* und EU-Kooperationsprogramme mit der Ukraine und mit Staaten der Östlichen Partnerschaft. Sie hat für das Europäische Parlament (im Parlamentarischen Assoziationsausschuss EU-Ukraine) gearbeitet, am Twinning-Projekt »Support to the Development of Social Services System in Ukraine« und für die Parlamentarische Versammlung des Europarates in Straßburg. Zurzeit ist sie Coordination and Cooperation Officer der EU Advisory Mission Ukraine (EUAM).

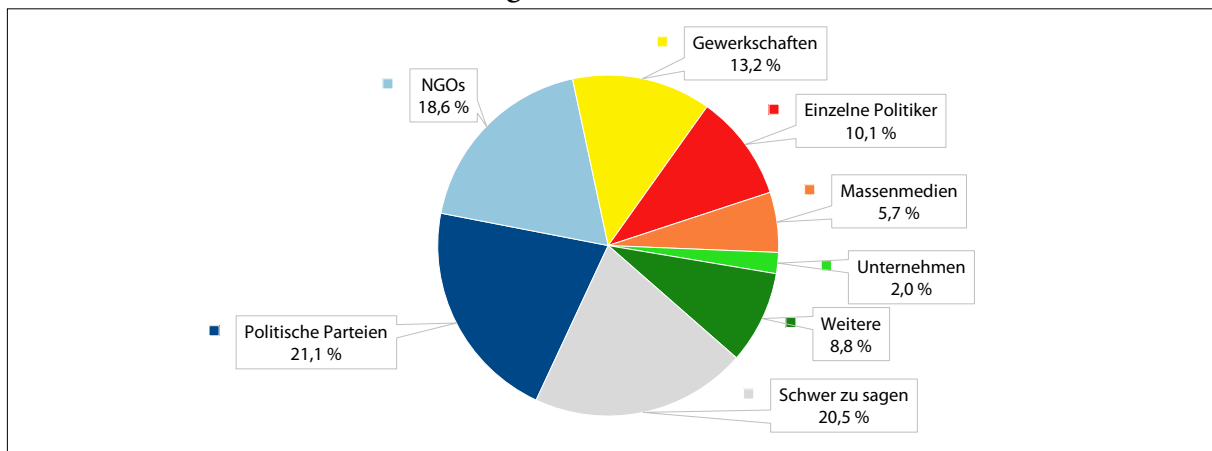
Lesetipps:

- Ganna Bazilo und Giselle Bosse: Talking Peace at the Edge of War: Local Civil Society and Reconciliation in eastern Ukraine, in: Kyiv-Mohyla Law and Politics Journal 3 (2017), S. 91–116.
- Alena Douhan: International Organizations and Settlement of the Conflict in Ukraine, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 75 (2015), S. 195–214.
- Roger Mac Ginty und Pamina Firchow: Top-Down and Bottom-Up Narratives of Peace and Conflict, in: Politics 36 (3)/2016, S. 309.
- Sylvia Rognvik: Dialogue Facilitation. Norwegian Centre for Human Rights 2016, <http://www.jus.uio.no/smr/english/about/programmes/nordem/publications/nordemthematicpaper_oscesmm_dialogue-facilitation.pdf>.

UMFRAGE

Haltung der ukrainischen Bevölkerung zur Zivilgesellschaft

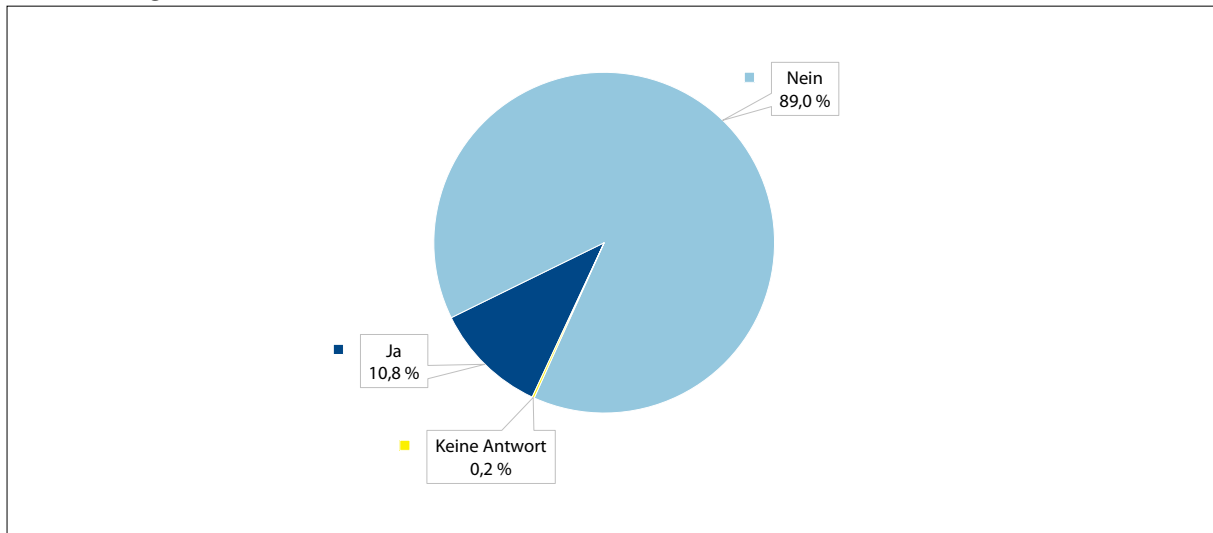
Grafik 1: Wer sollte Ihre Interessen in gesellschaftlichen Prozessen in erster Linie vertreten?



Anmerkung: Die Umfrage des Rasumkow-Zentrums wurde im Rahmen des Projektes »Politische Kultur und Parlamentarismus« vom 22. bis 27. September 2017 in allen Regionen der Ukraine, außer auf der Krim und in den besetzten Gebieten des Donbass, durchgeführt (2.008 Befragte).

Quelle: Rasumkow-Zentrum, <http://razumkov.org.ua/uploads/journal/eng/NSD171-172_2017_eng.pdf>.

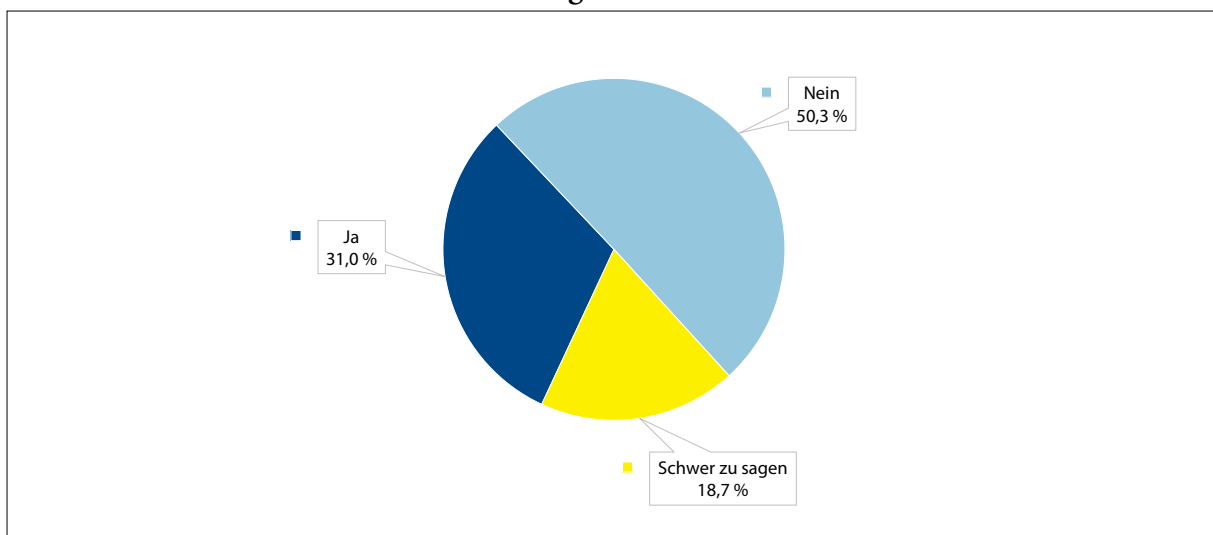
Grafik 2: Haben Sie in den letzten Jahren an von NGOs organisierten Veranstaltungen teilgenommen?



Anmerkung: Die Umfrage des Rasumkow-Zentrums wurde im Rahmen des Projektes »Politische Kultur und Parlamentarismus« vom 22. bis 27. September 2017 in allen Regionen der Ukraine, außer auf der Krim und in den besetzten Gebieten des Donbass, durchgeführt (2.008 Befragte).

Quelle: Rasumkow-Zentrum, <http://razumkov.org.ua/uploads/journal/eng/NSD171-172_2017_eng.pdf>.

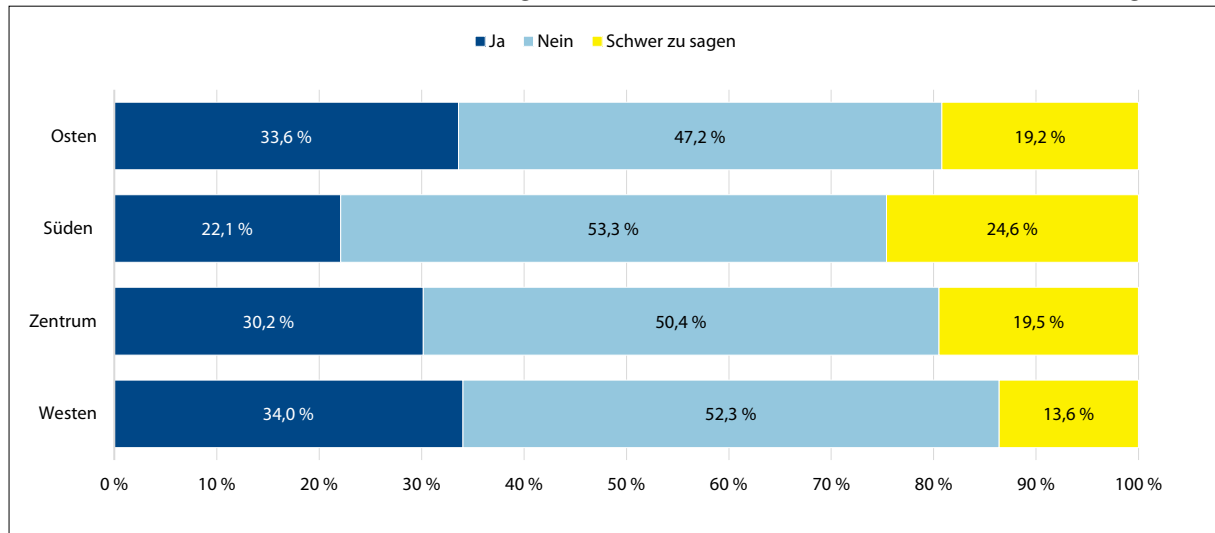
Grafik 3a: Sind Sie bereit, sich mit anderen Bürgern in zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenzuschließen, um die eigenen Rechte und Interessen zu schützen?



Anmerkung: Die Umfrage des Rasumkow-Zentrums wurde im Rahmen des Projektes »Politische Kultur und Parlamentarismus« vom 22. bis 27. September 2017 in allen Regionen der Ukraine, außer auf der Krim und in den besetzten Gebieten des Donbass, durchgeführt (2.008 Befragte).

Quelle: Rasumkow-Zentrum, <http://razumkov.org.ua/uploads/journal/eng/NSD171-172_2017_eng.pdf>.

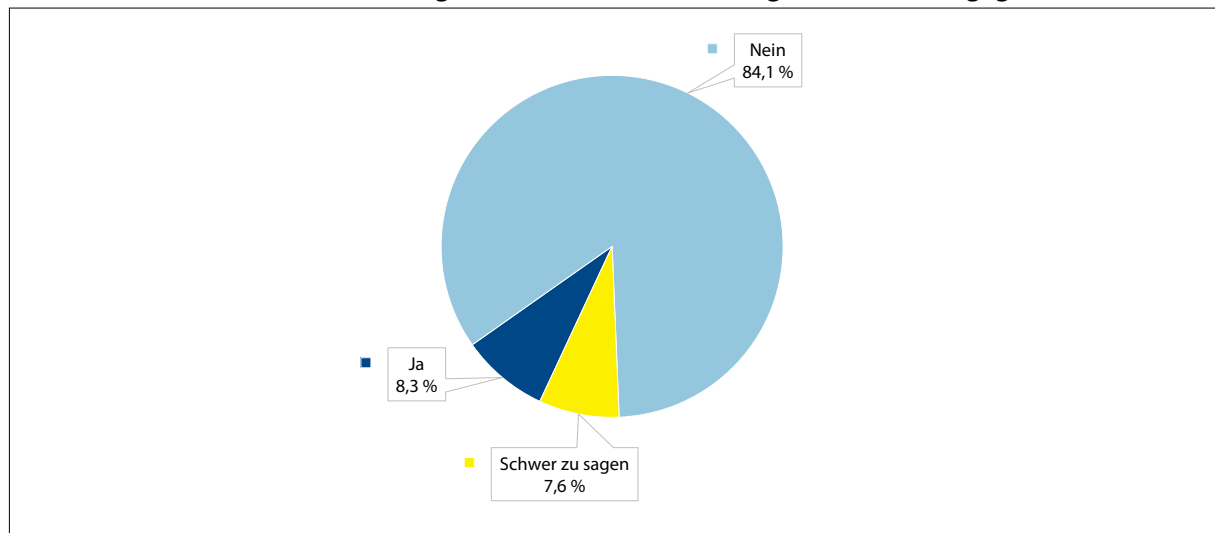
Grafik 3b: Sind Sie bereit, sich mit anderen Bürgern in zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenzuschließen, um die eigenen Rechte und Interessen zu schützen? (nach Regionen)



Anmerkung: Die Umfrage des Rasumkow-Zentrums wurde im Rahmen des Projektes »Politische Kultur und Parlamentarismus« vom 22. bis 27. September 2017 in allen Regionen der Ukraine, außer auf der Krim und in den besetzten Gebieten des Donbass, durchgeführt (2.008 Befragte).

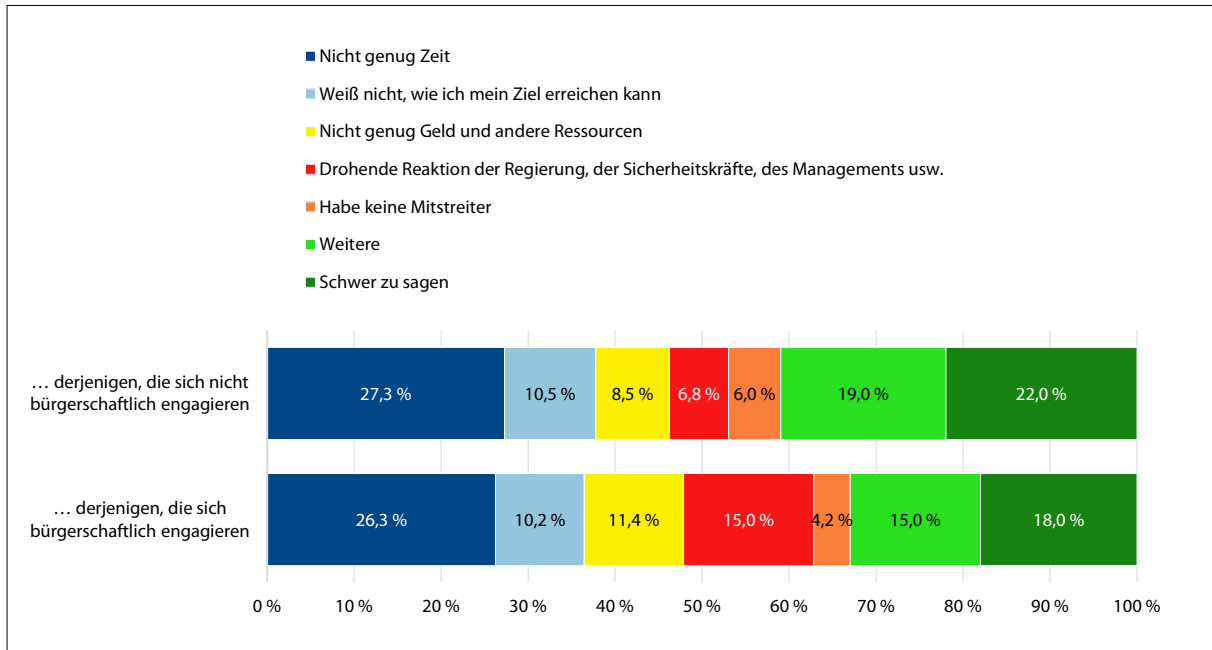
Quelle: Rasumkow-Zentrum, <http://razumkov.org.ua/uploads/journal/eng/NSD171-172_2017_eng.pdf>.

Grafik 4: Können Sie von sich sagen, dass Sie sich aktiv bürgerschaftlich engagieren?



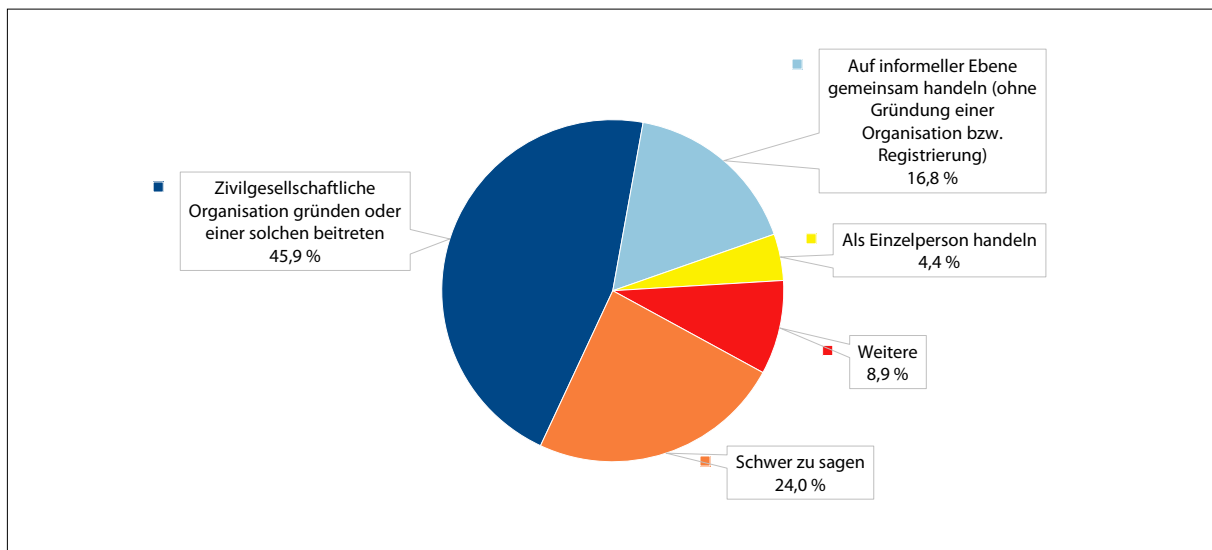
Anmerkung: Die Umfrage des Rasumkow-Zentrums wurde im Rahmen des Projektes »Politische Kultur und Parlamentarismus« vom 22. bis 27. September 2017 in allen Regionen der Ukraine, außer auf der Krim und in den besetzten Gebieten des Donbass, durchgeführt (2.008 Befragte).

Quelle: Rasumkow-Zentrum, <http://razumkov.org.ua/uploads/journal/eng/NSD171-172_2017_eng.pdf>.

Grafik 5: Was hält Sie davon ab, sich bürgerschaftlich zu engagieren?

Anmerkung: Die Umfrage des Rasumkow-Zentrums wurde im Rahmen des Projektes »Politische Kultur und Parlamentarismus« vom 22. bis 27. September 2017 in allen Regionen der Ukraine, außer auf der Krim und in den besetzten Gebiete des Donbass, durchgeführt (2.008 Befragte).

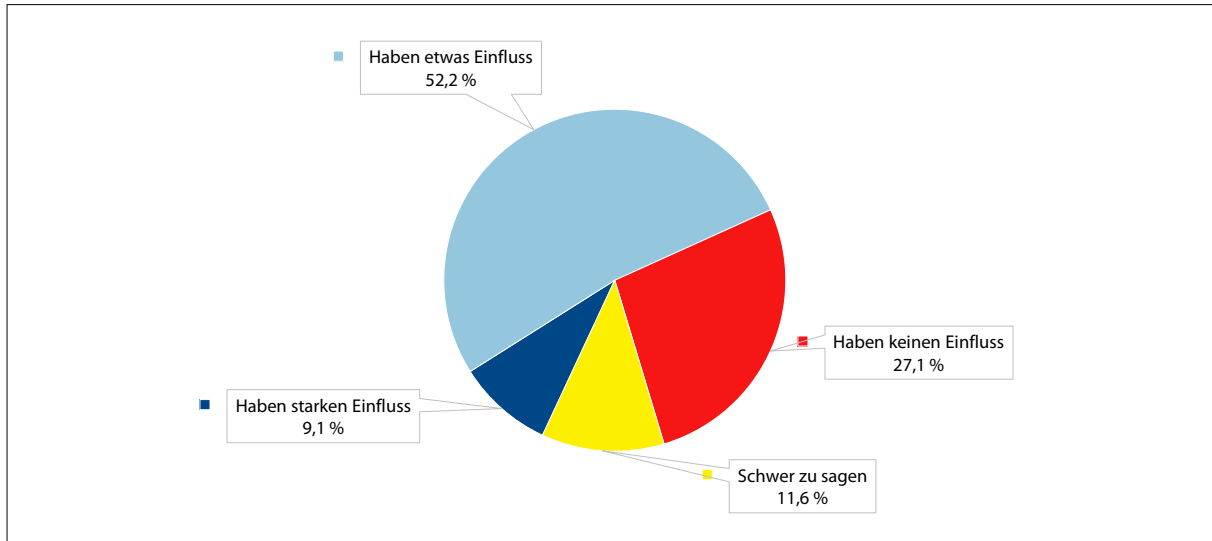
Quelle: Rasumkow-Zentrum, <http://razumkov.org.ua/uploads/journal/eng/NSD171-172_2017_eng.pdf>.

Grafik 6: Wenn Menschen gemeinsame Ziele haben und diese erreichen wollen: Was sollten sie tun, um die Wirksamkeit ihrer Aktionen zu erhöhen?

Anmerkung: Die Umfrage des Rasumkow-Zentrums wurde im Rahmen des Projektes »Politische Kultur und Parlamentarismus« vom 22. bis 27. September 2017 in allen Regionen der Ukraine, außer auf der Krim und in den besetzten Gebiete des Donbass, durchgeführt (2.008 Befragte).

Quelle: Rasumkow-Zentrum, <http://razumkov.org.ua/uploads/journal/eng/NSD171-172_2017_eng.pdf>.

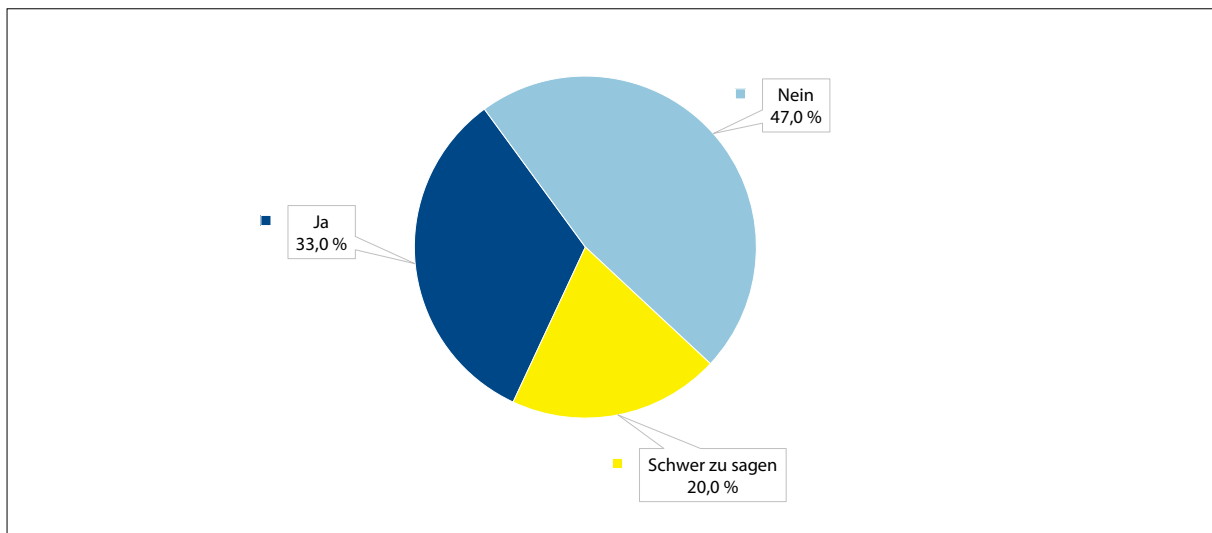
Grafik 7: Wie stark ist der Einfluss zivilgesellschaftlicher Organisationen (NGOs) in der modernen ukrainischen Gesellschaft?



Anmerkung: Die Umfrage des Rasumkow-Zentrums wurde im Rahmen des Projektes »Politische Kultur und Parlamentarismus« vom 22. bis 27. September 2017 in allen Regionen der Ukraine, außer auf der Krim und in den besetzten Gebiete des Donbass, durchgeführt (2.008 Befragte).

Quelle: Rasumkow-Zentrum, <http://razumkov.org.ua/uploads/journal/eng/NSD171-172_2017_eng.pdf>.

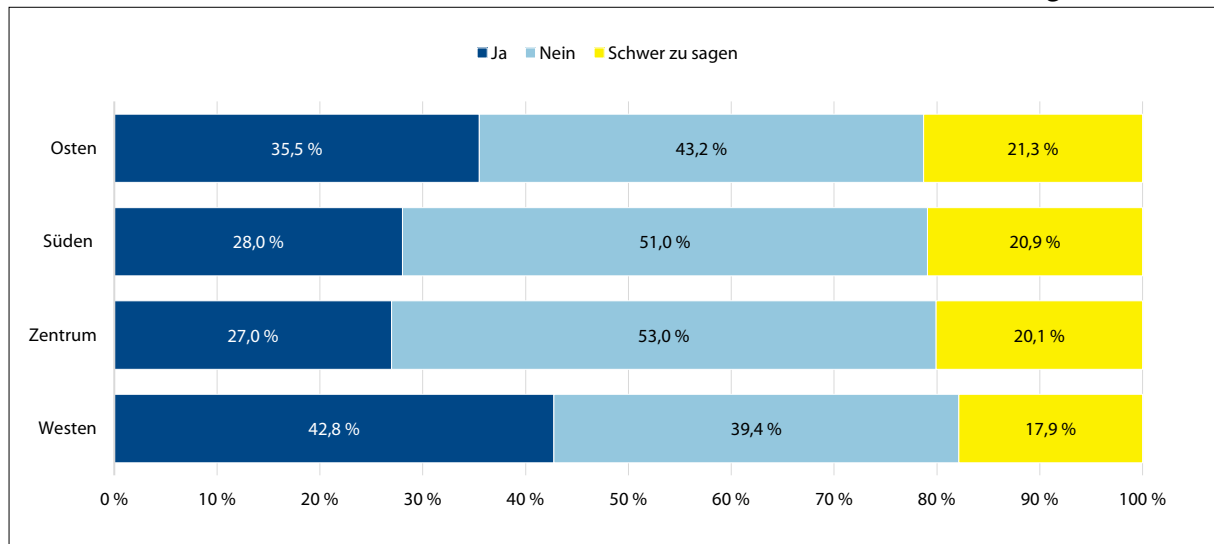
Grafik 8a: Ist Ihre persönliche Partizipation erforderlich, damit sich die politische und wirtschaftliche Situation in der Ukraine zum Besseren verändert?



Anmerkung: Die Umfrage des Rasumkow-Zentrums wurde im Rahmen des Projektes »Politische Kultur und Parlamentarismus« vom 22. bis 27. September 2017 in allen Regionen der Ukraine, außer auf der Krim und in den besetzten Gebiete des Donbass, durchgeführt (2.008 Befragte).

Quelle: Rasumkow-Zentrum, <http://razumkov.org.ua/uploads/journal/eng/NSD171-172_2017_eng.pdf>.

Grafik 8b: Ist Ihre persönliche Partizipation erforderlich, damit sich die politische und wirtschaftliche Situation in der Ukraine zum Besseren verändert? (nach Regionen)



Anmerkung: Die Umfrage des Rasumkow-Zentrums wurde im Rahmen des Projektes »Politische Kultur und Parlamentarismus« vom 22. bis 27. September 2017 in allen Regionen der Ukraine, außer auf der Krim und in den besetzten Gebieten des Donbass, durchgeführt (2.008 Befragte).

Quelle: Rasumkow-Zentrum, <http://razumkov.org.ua/uploads/journal/eng/NSD171-172_2017_eng.pdf>.

Abschuss von Flug MH17 über der Ostukraine – Rakete stammte laut Ermittlern vom russischen Militär

Die internationale Untersuchungskommission (JIT) zum Abschuss von Flug MH17 über der Ostukraine am 17. Juli 2014 hat am 24. Mai 2018 ihre vorläufigen Ergebnisse vorgestellt.

JIT: Update in criminal investigation MH17 disaster

24 mei 2018—Landelijk Parket

This morning, the Joint Investigation Team (JIT), which investigates the MH17 crash on 17 July 2014, gave an update of the state of affairs in the criminal investigation. During the meeting for both the national and international press in Bunnik (province of Utrecht), various findings of the investigation were presented. Relatives of the passengers who died in the disaster could follow the presentation through livestream.

Because the findings lead to new questions, the JIT makes an appeal to insiders and eyewitnesses who may be able to tell more about the events on and around the downing of flight MH17.

The 53rd brigade

The JIT is convinced that the BUK-TELAR that was used to down MH17, originates from the 53rd Anti Aircraft Missile brigade (hereinafter 53rd brigade), a unit of the Russian army from Kursk in the Russian Federation. The JIT reached this conclusion after extensive comparative research. During today's meeting, an animation of this comparative research was shown. Several images of the BUK-TELAR with which MH17 was downed are available. Analysis of those produces a number of characteristics. The combination of those is so special that that can be considered as a fingerprint. This fingerprint has been compared with numerous images of BUK-TELARS, both Ukrainian and Russian ones. The only BUK-TELAR on which this combination of characteristics also was found, is a BUK-TELAR that was recorded several times when it joined a convoy of the 53rd brigade on 23 – 25 June 2014.

Consequently, the JIT presumes that within the 53rd brigade and within the circle around it, people have knowledge about the operation in which that particular BUK-TELAR was deployed and about the persons that were involved in it. Therefore, the JIT calls on insiders and eyewitnesses to share their information with the investigation team. Also information about the instruction of the BUK-TELAR's crew matters greatly for the criminal investigation.

The head of the National Investigation Service of the Dutch police, Wilbert Paulissen: "Who formed part of the crew? With which instruction did they set out? Who was responsible for the operational deployment of this BUK-TELAR on 17 July 2014? We are convinced that many people have this information. That may be members of the 53rd Brigade, but also relatives, friends or acquaintances. And even people who have nothing to do with the 53rd Brigade. Please do not keep that information to yourself but contact the JIT. Our investigators can speak with you in several languages, among which Russian and Ukrainian."

All information and informants are treated with the highest confidentiality. For more information and contact data see: <www.jitmh17.com>.

Venturi and 'casing'

Already in September 2016, the JIT disclosed that MH17 was downed with a BUK missile of the 9M38 series. In Eastern Ukraine, two parts of such a missile were found. These parts are the so-called 'venturi' and the 'casing', which were exhibited today during the meeting. This regards on the one hand the exhaust of the missile (venturi) and on the other hand the casing of the missile engine (casing).

The missile engine's casing shows the number 9 A 1318869032. The JIT-investigation up to now indicates the following meaning of this number. 9A 131 relates to the number of the missile engine of the 9M38 type and/or 9M38M1 type. The number 8 is the manufacturer's code, namely: the Dolgoprudny Research and Manufacturing Enterprise in Moscow. The number 86 indicates the year of production, namely 1986. And the number 9032 is the unique identification number of this specific missile engine.

The JIT has established that this involves a missile of the 9M38 Buk-series. To what extent both parts belong to the missile that was launched by the BUK TELAR of the 53rd brigade can, as yet, not be said with certainty.

Jennifer Hurst, Commander of the Australian Federal Police, explained, on the basis of an animation that the JIT urges the public to think about answering three specific questions about both rocket components found on the crash site.

Do you recognize the handwriting of the number on the venturi?

Do you have information about the numbers on the venturi and the casing? Or do you know anyone who knows about the meaning of those numbers?

Do you know yourself, or do you know anyone who knows to which unit this missile was delivered?

Hurst: "If you have an answer to one or more of these questions, then we urgently ask you to contact the JIT."

Progress

The criminal investigation is a large and complex investigation that steadily progresses. Independence, care and professionalism are of paramount importance here. Chief public prosecutor from the National Public Prosecution Service Fred Westerbeke emphasized during the meeting that 'though the circumstances and the complexity of the investigation make it a difficult task, substantial progress has been made during this last period'. Among other things, in the identification of those directly involved.

Westerbeke: "On 28 September 2016 we reported about a group of approximately 100 people, who in one way or another can be associated with the downing of flight MH17. In this field, big steps have been made. By now, the role of a large number of them is much clearer. It can damage the investigation and the ultimate legal procedure if we make it clear to those responsible for this event—and those further involved—how much we know exactly. Therefore you will understand that the courtroom pre-eminently is the place where the Public Prosecution Service speaks out about the accusation of—and the burden of proof against—individual persons. Subsequently it is to the court to pass judgement about that."

During the meeting today, the JIT presented their conclusion that the BUK TELAR with which flight MH17 was downed, originates from the 53rd Anti Aircraft Missile Brigade of the Russian army. That conclusion raises questions, such as the question to what extent the relevant Brigade itself was actively involved in the downing of flight MH17 on 17 July 2014. An important question, into which the JIT is still investigating.

The authorities of the Russian Federation have, up to now, not reported to the JIT that a BUK of the 53rd Brigade was deployed in Eastern Ukraine and that this BUK downed flight MH17. On 15 October 2014 the JIT already asked the Russian authorities to provide the JIT (in line with resolution 2166 of the UN Security Council) with all information that may be important for establishing the truth.

Because the JIT no longer wants to exclusively turn to the Russian authorities to obtain information about this subject, the JIT also calls in the assistance from the public today—through the media—to answer questions that relate to the control of and the use of the BUK-TELAR, as well as about the missile that was launched with that TELAR.

JIT

In the JIT Australia, Belgium, Ukraine, Malaysia and the Netherlands are working together. The criminal investigation focusses on truth finding and its ultimate goal is tracing and prosecuting the perpetrators of the downing of flight MH17 in the Ukraine on the 17th of July 2014. The victims of this disaster are natives of many countries, the so called 'grieving nations'. With intervention of Eurojust the authorities of these 'grieving nations' are informed about the progress of the criminal investigation.

Quelle: <<https://www.om.nl/onderwerpen/mh17-crash/@103196/update-criminal-0/>>

CHRONIK

7. – 20. Mai 2018

07.05.2018	Ein führender Mitarbeiter der Weltbank erklärt, die Bank sei bereit, der Ukraine zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sollte die ukrainische Regierung das Moratorium für den Verkauf von Land aufheben. Die Preise für einen Hektar Land würden sich in diesem Fall verdreifachen, prognostiziert die Weltbank.
07.05.2018	In einer Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie sprechen sich 46 Prozent der Befragten für einen Beitritt der Ukraine zur EU aus, 9 Prozent sind für den Beitritt zur Zollunion von Russland, Belarus, Kasachstan und Armenien. Den Beitritt zur NATO befürworten 41 Prozent, 38 Prozent sind dagegen.
08.05.2018	In Tscherkassy in der Zentralukraine werden 50 Schulkinder und zwei Lehrer mit Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus eingeliefert. Einige müssen reanimiert werden. Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman kündigt an, die Stadt zu besuchen, um die Aufklärungsarbeiten voranzubringen.
09.05.2018	Bei Aktionen zum Tag des Sieges der Sowjetunion über Hitlerdeutschland werden landesweit 28 Menschen vorübergehend festgenommen. Gegen zwei Personen werden Verfahren eingeleitet, weil sie verbotene sowjetische Symbole öffentlich sichtbar mitgeführt haben. 16 weitere Personen werden aufgrund von »Propaganda des Georgsbandes« verwarnt. Außerdem wird in Kiew ein Teilnehmer einer nationalistischen Organisation festgenommen, der versucht hat, eine Polizeikette zu durchbrechen.
10.05.2018	Ein Schiedsgericht in Den Haag verurteilt Russland zu einer Kompensationszahlung an mehrere ukrainische Unternehmen aufgrund von Gewinnaussfällen infolge der Annexion der Krim im Jahr 2014. Zuvor hatten Medien darüber berichtet, dass es in dem Prozess um insgesamt 159 Millionen Euro gehe. Später wird bekannt, dass drei der 18 Unternehmen, die gemeinsam geklagt hatten, mit dem ukrainischen Großunternehmer Ihor Kolo-mojkskyj verbunden sind.
10.05.2018	Im Donbass intensivieren sich die Kämpfe zwischen der ukrainischen Armee und den Einheiten der Separatisten. Medien berichten von Toten auf beiden Seiten.
11.05.2018	Die Nationalbank prognostiziert für das laufende Jahr 2018 eine Inflation von 8,9 Prozent.
11.05.2018	Journalisten der Plattform Slidstvo.info veröffentlichen Screenshots von einer Chat-Kommunikation zwischen dem ehemaligen Abgeordneten Oleksandr Onischtschenko und Vertrauten von Präsident Petro Poroschenko. In den Ausschnitten geht es um Absprachen zu Abstimmungen im Parlament. Die Journalisten erklären, Onischtschenko, der sich mittlerweile im Ausland aufhält, habe erlaubt, Fotos von der Kommunikation zu machen. Onischtschenko bestreitet dies. Onischtschenko bezichtigt Poroschenko seit Längerem der Korruption und des Stimmenkaufs.
12.05.2018	Die US-Entwicklungshilfeagentur USAID kündigt an, der Ukraine zusätzliche 125 Millionen US-Dollar für den Wiederaufbau des Donbass zur Verfügung zu stellen.
14.05.2018	Das Außenministerium leitet ein Disziplinarverfahren gegen den ukrainischen Konsul in Hamburg, Wassili Maruschtschinez, ein und entlässt ihn für die Dauer des Verfahrens aus seinem Amt. Ein Blogger hatte ihm vorgeworfen, auf seiner Facebook-Seite antisemitische Hass-Posts veröffentlicht zu haben. Zum Beleg wurden einige Screenshots der nicht öffentlichen Facebook-Seite von Maruschtschinez veröffentlicht. Außenminister Pawlo Klimkin erklärt, im Außenministerium sei kein Platz für Antisemiten und Menschen, die interethnischen Hass anheizen.
15.05.2018	Außenminister Pawlo Klimkin ruft die ukrainischen Bürger dazu auf, der Fußballweltmeisterschaft in Russland fernzubleiben. »Provokationen« seien vorprogrammiert und für die Sicherheit der Menschen könne niemand garantieren.
15.05.2018	In Kiew nimmt der Inlandsgeheimdienst SBU im Zuge einer Razzia den Chefredakteur der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti fest. Eine Pressesprecherin des SBU erklärt, der Geheimdienst habe ermittelt, dass die Nachrichtenagentur im Rahmen des »hybriden Informationskrieges« Russlands gegen die Ukraine eingesetzt werde. Später erklärt Generalstaatsanwalt Juri Luzenko, gegen die Agentur werde wegen Verdachts auf Staatsverrat ermittelt. Der Pressesprecher des Kreml, Dmitrij Peskow, kündigt Antwortmaßnahmen Russlands an.
15.05.2018	Der stellvertretende Chef der OSZE-Beobachtermission im Donbass, Alexander Hug, erklärt, dass es auch gegen die Waffenstillstandsabkommen im Rahmen der Minsker Vereinbarungen verstoße, Feuer zu erwidern.
16.05.2018	Infrastrukturminister Wolodymyr Omeljan erklärt, der Ukraine entstehe durch die in den letzten Tage fertiggestellte Brücke vom russischen Festland auf die Halbinsel Krim ein Schaden von etwa 500 Millionen Hrywnja (etwa 2,3 Millionen Euro) im Jahr. Direkter Schaden entstehe durch die Sperrung des Asowschen Meeres durch den Bau der Brücke, da weniger Schiffe in die ukrainischen Häfen einfahren könnten. Die Ukraine werde Russland alle verursachten Kosten und Ausfälle in Rechnung stellen. Die Brücke war am Tag zuvor von Russlands Präsident Wladimir Putin eingeweiht worden, ein halbes Jahr früher als ursprünglich geplant.

16.05.2018	Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International wirft der ukrainischen Politik vor, Gewalt von Seiten rechtsradikaler Akteure zu ignorieren. Seit dem Jahr 2015 nehme die Zahl der Gewaltverbrechen von Rechtsradikalen zu. Dazu zählten Angriffe auf LGBT-AktivistInnen, Frauen, linke AktivistInnen und Roma. 30 Angriffe habe Amnesty International in den letzten zwölf Monaten registriert, nur in einem Fall seien die Täter zur Verantwortung gezogen worden.
16.05.2018	Generalstaatsanwalt Juri Luzenko erklärt, dass er bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2019 nicht antreten wolle.
17.05.2018	Der Internationale Währungsfonds, der größte internationale Kreditgeber der Ukraine, erklärt ein Gesetz zur Einrichtung eines Antikorruptionsgerichts zur wichtigsten Bedingung für die weitere Unterstützung der Ukraine.
18.05.2018	Facebook blockiert die Facebook-Seite des Abgeordneten Mustafa Najem für 24 Stunden. Nach Najems Angaben geschieht dies aufgrund des Posts eines Screenshots von Angaben der russischen Steuerbehörde, aus denen hervorgeht, dass Gennadi Truchanow, der Bürgermeister von Odessa, die russische Staatsbürgerschaft besitzt. Gegen Truchanow ermittelt das Nationale Antikorruptionsbüro wegen des Verdachts auf Veruntreuung von 185 Millionen Hrywnja (etwa 5,5 Millionen Euro). Er war am 14. Februar 2018 am Flughafen Boryspil in Kiew festgenommen und kurz darauf wieder freigelassen worden.
19.05.2018	Etwa 250 Menschen fordern bei einer Demonstration in Kiew die Freilassung der ukrainischen Staatsbürger, die in Russland in Haft sitzen. Die Demonstranten protestieren vor den Botschaften Deutschlands und Frankreichs sowie vor dem Büro des Internationalen Roten Kreuzes und fordern, Russland zur Freilassung der Gefangenen zu bewegen.
20.05.2018	Nachdem am Vortag Demonstranten in Kiew die Freilassung von »politischen Häftlingen«, das heißt den in Russland inhaftierten ukrainischen Staatsbürgern, gefordert hatten, richtet auch eine Sprecherin des ukrainischen Außenministeriums die Forderung an Russland, 24 Personen aus Gefängnissen auf dem russischen Festland und 40 weitere inhaftierte Personen auf der von Russland annektierten Krim zu entlassen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Prof. Dr. Heiko Pleines (verantwortlich) und Katharina Hinz
Sprachredaktion und Übersetzungen: Sophie Hellgardt
Chronik: Jan Matti Dollbaum
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2018 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Google Play, das Google Play-Logo und Android sind Marken von Google Inc. TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen. Der Android-Roboter wird auf der Grundlage von einem Werk wiedergegeben oder modifiziert, das von Google erstellt und geteilt und gemäß den Bedingungen der Creative Commons 3.0 Attribution-Lizenz verwendet wird.